3. Jg. 1471

2. JAHRGANG 1970 ERSCHEINT IN BERLIN 4.5.71 Nr. 17

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

DER KINDERGÄRTNERINNEN - ERZIEHER - JUGENDPFLEGER UND SOZIALARBEITER IN PRAXIS UND AUSBILDUNG UNKOSTENBEITRAG 1.- DM

KRITIK DER METHODEN DER SOZIALARBEIT

Wir beginnen in dieser Ausgabe eine Serie über die Methoden der Sozialarbeit. Es ist daran gedacht, zunächst die drei Methoden Soziale Einzelhilfe, Soziale Gruppenarbeit und Gemeinwesenarbeit einzeln zu behandeln, um dann in einer Zusammenfassung noch einmal die Hauptpunkte der Kritik wie auch die möglicherweise sich als positiv erweisenden Ansätze zusammenzufassen.

Es ist einsichtig, daß dabei nur einige Aspekte dargestellt werden können. Der folgende Artikel zur Sozialen Einzelhilfe z. B. beschränkt sich auf die Auseinandersetzung mit den Hauptthesen der "klassischen" Literatur auf diesem Gebiet. Die weitere Entwicklung (Familientherapie, Gesprächspsychotherapie, Verhaltenstherapie, Kommunikationstheorie) konnten wir aus Zeitmangel noch nicht berücksichtigen.

Um die Themen vollständiger zu behandeln, insbesondere was die praktischen Erfahrungen mit den Methoden angeht, sind wir auf eine intensive Mitarbeit unserer Leser angewiesen. Schreibt uns also massenhaft!
Wir werden die Diskussionsbeiträge zum Thema "Methoden der Sozialarbeit" dann in den nächsten Nummern veröffentlichen.

TEIL 1: CASEWORK

Im "System sozialer Sicherung" sind traditionelle Aufgaben der Sozialarbeit mehr und mehr von einer staatlichen Sozialpolitik übernommen worden.
Der damit sich abzeichnende Funktionsverlust der Sozialarbeit nötigt zur Auseinandersetzung mit der überlieferten caritativ-humanitären Zielsetzung. Dieser Prozeß macht einige Schwierigkeiten.
Mit dem alten Berufsethos kann man sich nicht mehr identifizieren, mit dem von progressiven Kräften aufs Programm gesetzten sozialpolitischen Engagement noch nicht. Unsicherheit über die nächsten Aufgaben und ein gegenwärtig ungeklärtes Selbstverständnis sind die Folge.
In dieser Situation stellt die Übernahme der in den USA und England entwickelten "Methoden" einen Versuch dar, Sozialarbeit den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen anzupassen.
Dabei geht es im wesentlichen um eine Abgrenzung gegenüber der "Konkurrenz" Sozialpolitik und eine Neudefinition des Aufgabenbereichs.

INHALT:

Die Durchsicht der recht umfangreichen Literatur über "Casework", zumeist mit "soziale Einzelfallhilfe" übersetzt, macht folgende Tendenz sichtbar.:
In allen Büchern wird ein "Wandel der Hilfsbedürftigkeit" während der letzten Jahrzehnte festgestellt.
Aus der Tatsache, daß materielle Not nicht mehr massenhaft auftritt, schließen die meisten Autoren, die noch als Rest verbliebene "Einzelfallarmut" sei ein individuelles Problem; dieses falle außerdem gegenüber der Zunahme psychischer Hilfsbedürftigkeit nicht mehr so sehr ins Gewicht.
Sowohl "Einzelfallarmut" als auch "psychische Hilfsbedürftigkeit" werden jeweils als einmalige nicht miteinander vergleichbare Fälle aufgefaßt.
Mit dieser These von der Individualität der Probleme wird das Spezifikum der methodischen Sozialarbeit, die individuelle Hilfe "von Mensch zu Mensch" begründet.

Nach einer häufig zitierten Definition von S.BOWERS ist Einzelfallhilfe (Social Casework) "Eine Kunst, bei der Erkenntnisse der Wissenschaft von den menschlichen Beziehungen und die Fertigkeiten in der Pflege dieser Beziehungen dazu benutzt werden, Kräfte im Einzelmenschen und Hilfsquellen in der Gemeinschaft zu mobilisieren, die geeignet sind, eine bessere Einordnung des Klienten in seine ganze Umwelt oder in Teile seiner Umwelt herbeizuführen" 1)

Der Hinweis auf die Kunst deutet schon an, daß es sich hier um etwas nicht näher zu Beschreibendes handeln soll. An anderer Stelle ist in der Casework-Literatur häufig die Rede vom "schöpferischen Akt" des Helfens.
Mit dieser Redeweise entzieht man sich der notwendigen Erklärung des Zusammenwirkens dieser "Kunst" mit der Wissenschaft.
In einer Fußnote zu dem obigen Zitat sieht sich BÄUERLE dazu veranlaßt, darauf hinzuweisen daß "Einordnung" natürlich nur die Einordnung in eine demokratische Gesellschaft gemeint sein könne. 2)
Inwieweit die gegenwärtige Gesellschaft demokratisch zu nennen ist, überlassen wir an dieser Stelle dem Urteil des Lesers.

Zweck der Einzelfallhilfe ist der Aufbau einer "helfenden Beziehung" zwischen Klient und Sozialarbeiter. Der Klient soll dadurch in die Lage versetzt werden, sich nach einer Periode der Unterstützung selbst zu helfen.
Fast übereinstimmend werden in der einschlägigen Literatur drei Phasen des Hilfsprozesses genannt:

a) Fallstudie (Anamnese)
b) Diagnose
c) Behandlung

a) Im ersten Schritt, der Fallstudie, sollen vor allem Informationen gesammelt, sowie eine Vertrauensbasis hergestellt werden.
Als technische Anweisungen werden dazu gegeben:
-Beobachtung der nicht-verbalen Äußerungen
-nicht direktive Gesprächsführung.
MARIE KAMPHUIS gibt dazu noch einige in der Praxis offenbar bewährte "Faustregeln", z.B. "Informationen nie hinter dem Rücken des Klienten einziehen" 3)
und: "Tatsachen in einen geordneten Zusammenhang bringen", wozu als Erläuterung in einer Klammer vermerkt ist: "Vorgeschichte, Personenbeschreibung Ehegeschichte usw." 4)
KAMPHUIS vertritt die sog. "Problemzentrierte" Variante der Einzelfallhilfe.

1) Bowers, S. , The Nature and Definition of Social Casework, in: Journal of Social Casework, Glencoe 1949, S.36

Die "Personenzentrierten" Methodiker, vertreten durch RUTH BANG, gehen etwas anders vor.
Sie beschaffen sich ihre Informationen u.a. durch Fragen nach der gegenwärtigen emotionalen Befriedigung des Klienten; nach dem Verhältnis zwischen Leistungsforderungen und Angeboten der Befriedigung.

Außer diesen geringen Unterschieden in der Strategie der Informationsbeschaffung ist eigentlich nicht klar, worin der Unterschied dieser "Ansätze" besteht. Wir werden ihn daher im Folgenden nicht mehr berücksichtigen.

In der Fallgeschichte beschreibt der Sozialarbeiter die "objektiven Phänomene" des Belastungszustandes (Rollenabweichung und Rollenanpassung des Klienten, d.h. sein Verhalten vor und nach der Belastungssituation),
sowie die "subjektiv erlebte Belastungssituation" (individuelle Art der Anpassung an die Belastungssituation).
Als "normal" gilt rationale Problemlösung, als "pathologisch" die Abweichung vom legitimen Rollenrepertoir.

b) In der Diagnose fasst der Sozialarbeiter die ihm vorliegenden Informationen zusammen.
BANG beschreibt die Diagnose folgendermaßen:
"Das Verstehen eines Falles, eines Problems oder einer Schwierigkeit aufgrund psychologischen Wissens, das gekoppelt ist mit der Fähigkeit des gefühlmäßigen Nachlebens. Das Verstehen ist also gebunden an Kenntnisse und damit herausgenommen aus dem rein gefühlsmäßigen und instinktiven Bereich in den wissenschaftlichen, wobei der emotionale Anteil unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg der Einzelfallhilfe bleibt." 5)

Die Diagnose, die wie Bang schon andeutet, mit psychologischen Kategorien arbeitet, bereitet die eigentliche Behandlung vor.

c) Nach M.Kamphuis hat diese zwei Aspekte:
-Die Verringerung des von der Außenwelt kommenden Drucks
-die Hilfe für die Psyche des Klienten 6).

Es wird eine Art Gesprächstherapie betrieben, in der durch die folgenden Techniken unterstützend und modifizierend auf den Klienten eingewirkt werden soll:

Ermutigen, beraten und leiten, Auskünfte erteilen, Gelegenheit schaffen zum emotionalen Abreagieren, Besprechen der Probleme auf einem rationalen Niveau, Dem Verhalten des Klienten Schranken setzen. 7)

2) Bäuerle, Wolfgang, Sozialarbeit und Gesellschaft, Weinheim/Berlin 1966, S.67

3) Kamphuis, Marie, Die persönliche Hilfe in der Sozialarbeit unserer Zeit. Stuttgart 63, S.243

4) Kamphuis, a.a.O. S.251

5) Bang, Ruth. Die helfende Beziehung als Grundlage der persönlichen Hilfe. München/Basel 1964, S.48

6) Kamphuis, a.a.O. S.256

7) Kamphuis, a.a.O. S.257

Diese Darstellung geht über eine nutzlose Schematisierung alltäglicher Allgemeinheiten menschlichen Umgangs nicht hinaus.
Auch der immer wieder zitierte Kernsatz der "Methode" vom Aufbau der "helfenden Beziehung" hilft hier nicht weiter:
"Die helfende Beziehung ist die lebendige Wechselwirkung von Haltungen und Gefühlen zwischen Sozialarbeiter und Klient, wodurch der Klient befähigt wird, eine bessere Anpassung an seine Umwelt zustandezubringen." 8)

Da die "helfende Beziehung" in der Methode des Caswork eine zentrale Bedeutung hat, ist es unverständlich, daß statt einer objektiven Begründung des Vorgehens an dieser Stelle mit subjektiven Begriffen wie "Haltungen" und "Gefühlen" operiert wird, die sich einer eindeutigen Bestimmung entziehen.
Das "wie", das auch hier nicht erläutert wird, verschwindet im Nebel der "lebendigen Wechselwirkung".
Die immer wieder geforderte "Anpassung" wird nie problematisiert. Man geht offenbar davon aus, daß bestehende gesellschaftliche Verhältnisse vorbehaltlos als richtig zu akzeptieren seien.

HELGE PETERS weist anhand einer Kritik von M. Kamphuis auf die in der Methodenlehre vorherrschende sujektivistische Begriffsbildung hin:
"Es wird nicht gesagt, was ein "geordneter Zusammenhang" ist, wie man ihn herstellt, wie man eine "Beziehung" "gut" "handhabt", was "nachteilige Folgen" sind, was ein "gutes Ergebnis" ist, wonach man es beurteilt, wonach man beurteilen kann, daß eine "diagnostische Umschreibung" "gut" ist oder "undeutlich", worin die "Technik" des "Ermutigens" besteht usw. " 9)
Peters kommt zu dem Ergebnis, daß man nicht behaupten könne, die neueren Merkmale fürsorgerischen Handelns seien der Ausdruck der wissenschaftlichen Fundierung der Sozialarbeit.

Die Apologeten der Methoden behaupten zwar deren wissenschaftliche Fundierung, dieser Anspruch scheitert aber am Individualisierungsdogma und der behaupteten Unvergleichbarkeit heterogener Fälle. 10)

Die behauptete Notwendigkeit, Erkenntnisse der Sozialwissenschaften in die praktische Arbeit einzubeziehen bleibt programmatisch.
An keiner Stelle wird in der Methoden-Literatur der ernsthafte Versuch unternommen, wissenschaftlich fundierte Ergebnisse für die praktische Arbeit nutzbar zu machen.
Die anspruchsvoll erscheinende Terminologie ist zwar häufig den Sozialwissenschaften entlehnt, es wird mit Kategorien wie: Rolle, Schicht, sozialer Wandel, mobile Gesellschaft usw. umgegangen, die Berichte sind mehr oder weniger angefüllt mit Referenzen sog. Freudscher Mechanismen, wie: Identifikation, Projektion, Übertagung usw. das alles bleibt jedoch ohne systematischen Zusammenhang und wird nicht umgesetzt in Handlungsorientierung.
Vorherrschend sind deskriptive Aussagen und Handlungsrezepte mit geringem Allgemeinheitsgrad. Die Einzelfallhilfe zeichnet sich gerade dadurch aus, daß niemals eine Strukturierung der Probleme nach bestimmten Ordnungskriterien erfolgt, d.h. keine Theorie gebildet wird und daß weitgehend subjektive Gedankenbilder der einzelnen Autoren die wissenschaftliche Begründung des Vorgehens ersetzen.

Diese Pseudowissenschaftlichkeit hat System, ohne sie könnte die Sozialarbeit nicht das sein, was sie gegenwärtig ist, nämlich eine ihrem Wesen nach konservative Institution, die die Mängel im "System sozialer Sicherung" oberflächlich repariert und damit die gesellschaftlichen Ursachen der Mängel verschleppt.

"Der Sozialarbeiter, der sich wissenschaftlich fundierter Methoden bediente, würde nämlich bald merken, daß sich die in der Fürsorgeliteratur behauptete Heterogenität der Fälle strukturieren würde. Unter der Perspektive wissenschaftlicher Begriffe würden die "scattered Situations" in Fallgruppen geordnet werden können ...Die mit der Verbreitung jeder wissenschaftlichen Begrifflichkeit verbundene Tendenz, Phänomene ihrer Individualität zu berauben und zu egalisieren, könnte dazu führen, auch die auf Veränderung dieser Phänomene zielenden Maßnahmen zu egalisieren. Die Neigung jeder Wissenschaft, Regelmäßigkeiten und Gesetzmäßigkeiten zu suchen, würde den wissenschaftlich ausgebildeten Sozialarbeiter die Behauptung der Individualität der Fälle und Notwendigkeit der Forderung der "Hilfe von Mensch zu Mensch" bezweifeln lassen. Namentlich die für ihn hauptsächlich in Frage kommenden Verhaltens-und Sozialwissenschaften würden ihn auf Regelmäßigkeiten aufmerksam machen, denen mit generellen Maßnahmen viel zweckmäßiger beizukommen wäre. Aber auch Probleme, deren Lösung individueller Behandlung bedürfte, würden generelle Maßnahmen nahelegen, wenn man ihre Ursachen mit wissenschaftlichen Begriffen analysierte." 11)

Eine solche wissenschaftliche, an generellen Maßnahmen orientierte Sozialarbeit würde aber gerade das tun, was sie garnicht will und auch nicht soll, nämlich die sozialen Ursachen abweichenden Verhaltens aufdecken. Das jedoch steht im direkten Widerspruch zu ihrer gegenwärtigen Funktion und ihrem Selbstverständnis.

Eine mit wissenschaftlichen Kriterien arbeitende Sozialarbeit müßte z.B. erkennen, daß 100 Fälle von Mietschulden oder Abzahlungsverpflichtungen nicht 100 "Einzelfälle" sind, sondern ihre Ursachen in den Profitinteressen von Wohnungsbaugesellschaften und Konsumgüterindustrie haben.
Es würde sich zeigen, daß der "Einzelfall" Produkt sozialer Faktoren ist, daß z.B. das autoritäre Verhalten eines Klienten, der Frau und Kinder prügelt, etwa auf dessen Aggressivität zurückzuführen ist, und daß diese Aggressivität Folge der Frustration ist, die der Klient aufgrund seines unterprivilegierten Status erlitt. In diesem Zusammenhang würde dann gesehen werden müssen, daß die auf das Individuum zielenden Maßnahmen falsch sind, da sie die Ursachen der Aggressivität nicht beseitigen können.

Wie sehr die Casework-Literatur die Frage nach den Ursachen der Hilfsbedürftigkeit erschwert, oder sie sogar mit dem Hinweis auf die "Schicksalhaftigkeit" der Not unmöglich macht, dafür bieten die im Anhang der meisten Bücher veröffentlichten sogenannten "Fallstudien" ein abschreckendes Beispiel.
Die Fallstudien bieten ausführliche Beschreibungen von vergangenen "Problemfällen" nach immer gleichem Muster: Der Klient hat das und das Problem, der Sozialarbeiter sagt dies und jenes dazu, die Situation ändert sich dadurch so und so...

---

8) Biestek, Felix. in: S. Bowers, a.a.O. S. 14

9) Peters, Helge. Moderne Fürsorge und ihre Legitimation, Köln/Opladen 1968, S. 77

10) Buck, Gerhard. Zielvorstellungen der öffentlichen und freien Träger der Sozialarbeit. Berlin 1970 (Diplomarbeit FU) S. 46

11) Peters, Helge. Die mißlungene Professionalisierung der Sozialarbeit. in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 22. Jg. Heft 2/70 S. 343

Obwohl die Gemeinsamkeiten der "Einzelfälle" auf der Hand liegen, wird kein Versuch gemacht, das ausgebreitete Material analytisch aufzubereiten, im Gegenteil, es wird alle Mühe aufgeboten die "Fälle" zu unterscheiden und ihre Individualität hervorzuheben.

Die naheliegende Möglichkeit über eine Auswertung der Fallsammlungen zu einer Theoriebildung vorzustoßen wird damit zunichte gemacht.

Ohne Theorie aber kann im wissenschaftlichen Sinne auch nicht von Methode die Rede sein, da beide eng zusammenhängen. Die Methode enthält operationale Vorschriften und Anweisungen, die angeben, wie theoretisch formulierte Erkenntnisse in Praxis umzusetzen sind.

Der Begriff der Methode, wie er in der Casework-Literatur verwendet wird, ist, in diesem Sinne nicht qualifiziert, da er sich nicht auf eine Theorie beziehen läßt.
Es bleibt letztenendes alles beim Alten:
"Der Kern und die charakteristische Substanz allen fürsorgerischen Bemühens ist nichts anderes als diese spezifische Methode, soziale Nöte einzelner Menschen festzustellen und die genau auf die Einmaligkeit dieses Schicksals abgestimmten Möglichkeiten herauszufinden, die Nöte zu beseitigen und zu mildern." 12)
Das entspricht genau der traditionellen "Ethik" der Fürsorge. Zwischen ihr und der modernen "Methodik" ist kaum ein Unterschied.

Statt von einer wissenschaftlichen Fundierung der Sozialarbeit kann man allenfalls von einem Wandel der Terminologie sprechen, was aber nicht zu einem Abbau der Diskriminierung des Klienten geführt hat.
Wo dessen Verhalten in der Vergangenheit in Begriffen der Kriminalität beschrieben wurde, wird es heute in modischer psycho-und soziologischer Begrifflichkeit als "pathologisch" oder "deviant" bezeichnet.

Der weltanschauliche Hintergrung, auf dem die meisten Methodiker stehen, ist gekennzeichnet durch eine Position des soziologischen Relativismus, die nur noch von reaktionären Theoretikern vertreten wird.
Diese Position des soziologischen Relativismus geht davon aus, daß jede Gesellschaft "gesund" sei, sofern sie funktioniert und daß Pathologie nur definiert werden könne als ein Mangel der Anpassung des Individuums an die Lebensweise seiner Gesellschaft.
"Zwar versagt es sich kaum ein Buch, auf neuere Entwicklungen der modernen Gesellschaft einzugehen und den Objektbereich der Sozialarbeit als Konsequenz dieser Entwicklung darzustellen. Das geschieht jedoch in sprachlichen Wendungen, die Gesellschaft politischer Beherrschbarkeit entziehen. Man spricht vom raschen Wandel der Gesellschaft, von ihrer "Technisierung" und "zunehmenden Kompliziertheit", verwendet also Begriffe, die soziale Reformer und politische Revolutionäre entmutigen müssen. Mit solchen Formulierungen wird die pathologische Definition legitimiert." 13)

Indem man das abweichende oder "pathologische" Verhalten als einen strikt "persönlichen Vorfall" definiert und dessen Ursachen in das Individuum hineinverlegt, verfällt man einem normativen Humanismus, der darauf ausgeht, den "Unangepaßten" Einzelnen an die "gesunde" Gesellschaft anzupassen.
Die Soziale Einzelfallhilfe, weit davon entfernt den Klienten über die wahren Ursachen seiner Hilfsbedürftigkeit aufklären zu können, diskriminiert statt dessen die Opfer einer pathologischen Gesellschaft und betreibt weiterhin deren Anpassung an die sie krankmachenden Verhältnisse.

12) Schäfer, D. Die Rolle der Fürsorge im System der Sozialen Sicherung, Frankfurt 1966, S.278

13) Peters, Helge. Die politische Funktionslosigkeit der Sozialarbeit. S.414 in: Jahrbuch für Sozialwissenschaften, Bd.20/69

KAMPF der SOZIALPÄDAGOGEN für eine einheitliche AUSBILDUNG und BEZAHLUNG!

Mit diesem Artikel wird versucht, die Bedeutung der aktuellen Besoldungssituation im Zusammenhang mit den langfristigen Zielen der Träger von Sozialarbeit/Sozialpädagogik einzuschätzen. Dabei soll der Zusammenhang der Besoldungspolitik mit der Funktion von SA/Sozialpädagogen nicht detailliert dargestellt, sondern die allgemeine Tendenz der Bedeutung von SA/SP aus der Besoldungspolitik abgeleitet werden.

Seit Februar 71 wird unter den Berliner Sozialarbeitern die Diskussion um die Besoldungspolitik der Innenministerien gegenüber den SAern insbesondere die unterschiedliche Bezahlung verstärkt geführt. Konkreter Anlaß für die intensive Auseinandersetzung mit der Lohnfrage unter den SA ist die teilweise bereits erfolgte Höhergruppierung verschiedener Spezialfürsorgen (SGH, Bewährungshilfe, Sozialpsychiatrischer Dienst) nach BAT IV b bzw. A 10. Die große Zahl der in den allgemeinen Fürsorgen beschäftigten SA soll in diesem Zug der Anhebung nicht mitfahren, sondern weiterhin nach BAT V b bzw. A 9 und damit in Zukunft am schlechtesten bezahlt werden.

<u>Was bedeutet diese Maßnahme langfristig für die Sozialarbeit?</u>
Am 19. 6. 70 wurde zwischen den Gewerkschaften ÖTV und DAG und der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder der neue Tarifvertrag zur Änderung und Ergänzung der Anlagen 1 a BAT, (Angestellte im Sozial- und Erziehungsdienst Teil II G I, Vergütungsgruppe IV b Fallgruppe 7) abgeschlossen in dem in der Protokollnotiz Nr. 9 die Tätigkeitsmerkmale für SA/SP mit staatlicher Anerkennung aufgezählt werden. Darin fehlen die Tätigkeitsmerkmale der Familienfürsorgen. Vielmehr heißt es: BAT IV b erhalten SA/SP mit staatlicher Anerkennung und entsprechender Tätigkeit ... denen besonders schwierige Aufgaben übertragen sind. In der Protokollnotiz Nr. 15 werden als besonders schwierige Aufgaben bezeichnet:

z. B.
a) Führen der Sammelvormundschaft für gefährdete Erwachsene
b) Fürsorgerische Aufgaben in geschlossenen Einrichtungen der Gefährdetenhilfe für Erwachsene
c) Die begleitende und die nachgehende Fürsorge für Heiminsassen
d) Die begleitende und die nachgehende Fürsorge für Strafgefangene

Es handelt sich also um Tätigkeiten, die sich den Spezialfürsorgern zuordnen lassen, die aber heute von SA ausgeführt werden, die die gleiche Ausbildung hinter sich haben wie alle anderen SA. Der Protest der SA gegen die Schaffung von Sozialarbeit in zwei Ebenen wird deshalb mit dem Argument der gleichen beruflichen Qualifikation begründet.

Die dahinter stehende politische Bedeutung dieser Höhergrupperung hat jeodh
dieser Höhergruppierung hat jedoch einen langfristigen Charakter, denn z. Z. läßt sich die Spaltung der Berufsgruppe der Sozialarbeiter in zwei große Besoldungsgruppen mit BAT IV b und V b auf unterster Ebene durch einen Wechsel des Arbeitsplatzes individuell aufheben. Tatsächlich ist diese Besoldungsmaßnahme, gemeinsam von den Gewerkschaften und der Tarifgemeinschaft Deutscher Länder beschlossen, ein taktischer Schritt zur Realisierung einer "Sozialarbeit" mittlerer Ebene" mit Sozialassistenten und einer Sozialarbeit höherer Ebene mit Fachhochschulabsolventen. Erst wenn beide Berufsgruppen eine unterschiedliche Besoldungssituation vorfinden, ist die Spaltung der Sozialarbeiter in zwei Lager endgültig vollzogen. Dann nämlich unterscheiden sie sich auch von der Ausbildung her und ein Wechsel des Arbeitsplatzes zwischen den beiden Lagern ist nicht mehr möglich.

<u>Die historische Entwicklung der Besoldungssituation</u>

Geschichtlich gesehen, hat sich parallel zur Entwicklung der Fürsorge von der Armenpflege zur heutigen Sozialarbeit mit ihren Spezialisierungen auch ihr gesellschaftlicher und damit politischer Stellenwert verändert, der sich u. a. in der Besoldungssituation niederschlägt.

Dieser politische Stellenwert, den Sozialarbeit im Rahmen der "Sozialen Sicherung" und sozialpolitischer Maßnahmen erhielt, wurde im größeren Maßstab 1961 mit der Verabschiedung des BSHG deutlich. Die Verabschiedung "eines modernen Sozialhilferechts" stellte im Rahmen "sozialstaatlicher Maßnahmen eine wichtige kontrollierbare Aussage zur Gesellschaftspolitik dar " (Könen, AWO Sozialhilfefunktionär am 4. 12. 68 im Bundestag zur 1. Lesung des 2. Änderungsgesetzes des BSHG). Hinter der Formulierung kontrollierbare Aussage zur Gesellschaftspolitik verbirgt sich nichts anderes als die Versuche staatlicher Instanzen im Interesse des Kapitals die Auswirkungen der kapitalistischen Produktionsweise zu beeinflussen. Materiell soll das Sozialhilfesystem bei den Betroffenen (Klienten) mit dem geringsten Aufwand (finanziell) das gröbste Übel mildern, die offensichtlichen Ungerechtigkeiten verschleiern, um das allgemeine Elend der Arbeiterklasse zu verewigen.

Mit diesem Gesetz, das in allen drei Bereichen staatlicher Sozialarbeit (Jugend-, Gesundheits- und Sozialamt) gleiche Bedeutung hat, wurde der Sozialarbeit ein größerer Aufgabenkatalog übertragen. Gleichzeitig wurde die Ausbildung (als Widerspiegelung der Situation in der Praxis) vereinheitlicht und "qualifiziert", d. h. der Notwendigkeit, vorhandene Widersprüche zu verschleiern, wurde durch verstärkte Methodenlehre, wie der individualisierenden und Probleme-spaltenden Einzelfallhilfe Rechnung getragen. Damit fand das Prinzip der individuellen Hilfeleistung des BSHG seine theoretische Absicherung.

Die Zielsetzung dieses Gesetzes hatte einen größeren Bedarf an SA zur Folge, von denen einige ihre Ausbildung selbst mit Sozialhilfe finanzieren konnten. Mit steigender Qualifizierung und zahlenmäßig größerer Ausbildung wuchsen die Forderungen der SA nach besserer Bezahlung. Daß sie erfüllt wurden, ist einerseits Ergebnis von "Lohnkämpfen" der SA, andererseits Ausdruck zunehmender Bedeutung von Sozialarbeit im Gesamtsystem der Maßnahme zur Verschleierung realer Klassengegensätze zwischen Proletariat und Bourgeoisie.

<u>Die Besoldungspolitik - ein Instrument der Disziplinierung und Spaltung</u>

Mit der Besoldungspolitik verfügen die Träger von Sozialarbeit über ein Instrument der schrittweisen Integration in den bürokratischen Apparat (Hierarchisierung), der Bestechung und der Spaltung der Berufsgruppe der SA. Der Anreiz des Aufstiegs in der Stufenleiter der Bezahlung, gepaart mit dem einengenden und lähmenden Charakter bürokratischer Arbeit kanalisiert vorhandene Initiativen der SA bestenfalls auf den Arbeitsplatz. Gelingt diese Integration auf unterster Ebene werden die SA mit besseren Posten und höherer Bezahlung gekauft, d. h. bestochen.

Diese Maßnahme erfüllt eine Doppelfunktion. Denn immer hat die Hierarchisierung innerhalb einer Berufsgruppe bei gleicher Ausbildung eine disziplinierende und spalterische Funktion. Nur wer sich anpaßt und sich nicht selbst in Frage stellt, hat Aussicht auf bessere Bezahlung und wer einen besseren Posten bestiegen hat, orientiert sich nur noch nach oben und tritt nach unten.

<u>Kampf für eine einheitliche Bezahlung und Ausbildung</u>

Die jetzige Besoldungspolitik, in deren Mittelpunkt die Trennung in SA und SA mit "besonders schwierigen Aufgaben" steht, geht über die oben dargestellte Zielsetzung wesentlich hinaus.

In ihr kommen zwei Interessen zum Ausdruck:

1. Nicht mehr Aufteilung der Sozialarbeiter in mehrere Besoldungsgruppen, sondern Spaltung in zwei Lager und damit
2. Schaffung der ökonomischen Grundlage für die Einsetzung von Sozialassistenten einerseits und Fachhochschulabsolventen andererseits.

Wir müssen uns jedoch fragen, wo liegt das Interesse der Träger von Sozialarbeit (Bourgeoisie und ihr Staat) an einer Trennung von Sozialarbeit in zwei Ebenen?

Nachdem die AWO 1970 mit ihrem Modell der Sozialassistentenausbildung auf den massenhaften Protest der SA gestoßen war, verschwand der Plan ohne viel Aufsehen in der Schublade, jedoch nicht aus den Köpfen der Funktionäre. Die "Sozialarbeit mittlerer Ebene" soll langfristig zu einem Fürsorgeapparat mit Kontroll- und Materiellen Hilfsfunktionen auf der Grundlage des BSHG und JWG ausgebaut werden.

Er wird zuständig sein für den Teil der Klienten, der aufgrund der sich weiter verschärfenden Ausbeutungsbedingungen und sich relativ verschlechternden Wohn- und Einkommensverhältnisse ständig zwischen Deklassierung und integriertem Teil der Arbeiterklasse schwankt. Konkret bedeutet das eine verstärkte Technisierung der Fafü-Arbeit. Der Sozialassistent wird nach der AWo-Argumentation "eine Unterstützung im Rahmen der Fafü-Arbeit leisten (also Zuarbeiter sein) und Sachbearbeiter im Innendienst" werden.

Dem bereits deklassierten Teil der Arbeiterklasse, der den verschärften Ausbeutungsbedingungen in der Produktion nicht mehr standhalten konnte und Heimerziehung, Strafvollzug Obdachlosigkeit u. a. durchlaufen hat, wird der Fachhochschulsozialarbeiter gegenübergestellt.

Die von der kapitalistischen Produktionsweise und der darauf beruhenden Erziehungs- und Lebensform immer wieder aufs neue produzierten Schädigungen der Deklassierten erfordern den verstärkten Einsatz von Psycho-Techniken. Die Technik der Einzelhilfe wird noch mehr als bisher den einzelnen Fall in den Mittelpunkt stellen, individualiseren, und das Einzelschicksal von seinen kollektiven Lebensbezügen trennen.

Die Spaltung der Berufsgruppe kommt darin zum Ausdruck, daß die Fachhochschüler nicht nur die qualifiziertere Ausbildung mitbringen sollen, sondern die zukünftigen Vorgesetzten der Sozialassistenten werden und die leitenden Posten in den Sozialbürokratien nunmehr qua besserer Ausbildung besteigen sollen. Gleichzeitig sollen die Sozialassistenten die Personalmisere in den Bereichen der "Freien" Wohlfahrspflege und den Heimen lösen.

Im wesentlichen werden sich,langfristig gesehen, diеFhS-SA von den Sozialassistenten durch die unterschiedliche Funktion ihrer Arbeit unterschieden. Funktion meint hier, welche Mittel sind notwendig, um die Auswüchse kapitalistischer Produktion, wie die Vernachlässigung der Erziehungsarbeit, Krankheit, Arbeitsunfähigkeit, Kriminalität usw. aufzufangen bzw. zu verschleiern und welche Mittel sind erforderlich die vom Kapitalismus ständig neu produzierte Verelendung nicht zu einem systemgefährdenden Unruheherd anschwellen zu lassen?

Darin kommt die Doppelfunktion von Sozialarbeit im Kapitalismus zum Ausdruck: Einerseits Teil sozialpolitischer Maßnahmen zur Erhaltung bzw. Wiederherstellung der Ware Arbeitskraft (Wer nicht arbeitet, erhält zwar Sozialhilfe, wird durch die niedrigen Leistungen aber abgeschreckt oder mit Strafe bedroht.§ 25 Abs. 1 BSHG Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten, hat keinen Anspruch auf Hilfe zum Lebensunterhalt) andererseits Kontrolle u. Niederhaltung der deklassierten Teile des Proleteriats.

Die Bourgeoisie hat längst erkannt, daß die Trennung der allgemeinen Familienfürsorge von den Spezialfürsorgen für ihre Interessen nicht nur aus Gründen der Arbeitsteilung und effektiveren Arbeit günstiger ist, sondern vor allem die Solidarisierung unter den Sozialarbeitern erschwert. Eine Berufsgruppe, die in mehrere Spezialistengruppen mit unterschiedlichen Tätigkeiten gespalten ist, hat es schwerer , einen einheitlichen Willen und Geschlossenheit zu entwickeln als eine Berufsgruppe mit gleicher Tätigkeit.

Die Kluft zwischen den verschiedenen Sozialarbeitergruppen ist der Bourgeoisie aber noch nicht tief genug. Die vereinzelten Ansätze einer Solidarisierung unter den SA waren in den vergangenen Jahren waren immer ein Signal für die Gefährlichkeit politischer Mobilisierung einer Berufsgruppe, deren Arbeit sich gerade an Kontrolle, Disziplinierung und Isolierung aufkommender Problme orientiert ist.

Diese Kluft soll mit der Schaffung zwei inhaltlich voneinander getrennter Ausbildungen vertieft und politisch wirksamer werden, aus der Interessenlage der die Bourgeoisie in den staatlichen Institutionen vertretenden Funktionäre.

Diese Kluft soll mit der Schaffung zwei inhaltlich voneinander getrennter Ausbildungen vertieft und politisch wirksamer werden. Die bisher nach außen gerichtete Diskussion um die gesellschaftspolitische Funktion der SA/SP wird in einen Kampf nach innen, einen Kampf zweier Berufsgruppen gegeneinander ventiliert.

Der am 19. 6. 70 zwischen den Tarifpartnern abgeschlossene Tarifvertrag mit seinen differenzierenden Tätigkeitsmerkmalen ist der zweite folgerichtige Schritt (diesmal auf Tarifebene), nachdem in den Ministerien und Verbänden der "Freien" Wohlfahrtspflege mit der AWo an der Spitze die spalterische Entscheidung für eine Sozialassistentenausbildung gefallen war.

Gerade diese Spaltung in zwei Lager ist ein solidarischer Kampf aller SA/SP die einzig richtige Antwort. Wenn wir heute zulassen, daß zwei Ausbildungszweige geschaffen werden, werden wir morgen über die Zersplitterung und Zerrissenheit unter den SA/SP klagen.

Und gerade in dieser Frage wird deutlich, daß ein Lohnkampf dann in einen politischen Kampf gewendet werden kann, wenn uns klar ist, wie sich Tarifpolitik in die Gesamtstrategie sozialpolitischer Maßnahmen einordnen läßt.

In Berlin haben Sozialarbeiter aus allen Beriechen bereits mehrere Diskussionen und strategische wie taktische Überlegungen zur Vereinheitlichung aller Sozialarbeiter angestellt. Am 30. 3. 71 wurde von SA aller Fachbereiche (Jugend- und Sport, Gesundheits- und Sozialwesen) auf überbezirklicher Ebene folgende Resolution beschlossen.
eine Resolution beschlossen. In dieser Resolution wird die eminent politische Bedeutung nur angedeutet. Diese Analyse und damit politische Wendung als rein ökonomische Frage erscheinende Besoldungspolitik wird unsere nächste Aufgabe sein.

Unter der Parole: Kampf für eine einheitliche Ausbildung zum Sozialarbeiter- Kampf gegen die spalterische Besoldungspolitik werden wir Sozialarbeiter uns zusammenschließen müssen!

An den Senator für Inneres　　　　im April 71

1 Berlin 31
Fehrbelliner Platz 1 und 2

Betr.: Besoldungsmäßige Einstufung der Sozialarbeiter

Die Sozialarbeiter wissen, daß im Rahmen der Besoldungspolitik beabsichtigt ist, die Sozialarbeit in Zukunft verstärkt unterciedzialarbeit in Zukunft verstärkt unterschiedlich einzustufen.

Die Sozialarbeiter in den verschiedenen Fürsorgebereichen der Bezirksämter und Senatsverwaltungen Berlins wenden sich dagegen, denn sie halten es für unbegründet, die mit schwerpunktmäßig unterschiedlichen, jedoch qualitativ gleichschwierigen Aufgaben betrauten Arbeitsgebiete gegeneinander abzuwägen und in nieder- und höherwertige zu trennen.

Der Arbeitsfrieden wird auch künftig empfindlich gestört, wenn Sozialarbeiter mit gleicher beruflicher Qualifikation unterschiedlich besoldet werden.

Wir sehen in dieser Besoldungspolitik eine weitere und tiefergreifende Zersplitterung der Berufsgruppe der Sozialarbeiter, die von uns nicht länger hingenommen werden kann.

Wir fordern daher, alle Sozialarbeiter einheitlich höher einzustufen nach Verg. Gr. IV a BAT bzw. Bes. Gr. A 11 LBesG, wie es ihrer Qualifikation entspricht.

Wir erwarten bis zum 14. 6. 71 eine Stellungnahme Ihrer Verwaltung.

Zur Geschichte des AKS (I)

Die Arbeitsgruppe "Funktion und Ideologie" im AKS hat den Versuch unternommen die Entstehung, Entwicklung und Bedeutung des AKS aufzuarbeiten.

Ausgangspunkt dieser Arbeit war das Bedürfnis, anhand des geänderten Bewußtseins damaliges Handeln zu analysieren, Zusammenhänge deutlich zu machen und daraus für die kommende Arbeit zu lernen. Außerdem glauben wir, daß dieses Vorhaben nicht nur für die damals Beteiligten von Interesse ist, die "Geschichte des AKS" könnte anderen, sich in vergleichbaren Situationen befindlichen Gruppen die Eigenreflektion erleichtern und zur Bewältigung von Schwierigkeiten hilfreich sein. Zugleich wollen wir auch das von der "Kommission für die Gründung einer Roten Zelle Sozialpädagogik" erarbeitete Papier, das sich u.a. auch mit dem AKS auseinandersetzt, ergänzen und berichtigen.

Die Notwendigkeit zur Erarbeitung einer Analyse über den AKS besteht seit langem. Dass dies nun endlich -nachdem der AKS über 2 1/2 Jahre besteht- geschieht, nimmt nichts von der Aktualität. Der Umfang der hier anfallenden Arbeit ist erheblich, das Ergebnis wird unvollständig sein. Unser Vorhaben wurde zusätzlich dadurch erschwert, daß aus der Anfangsphase des AKS wenig Aufzeichnungen über Inhalt und Verlauf von Diskussionen vorhanden sind. So haben wir durch Befragung von Mitgliedern des AKS und mittels des eigenen Erinnerungsvermögens versucht, diese Lücken zu schließen. Das der subjektive Faktor in der Darstellung dadurch ein größeres Gewicht erhält, ist uns bewußt. An die Leser richten wir deshalb die Bitte, durch schriftliche Stellungnahmen, die wir in der SPK veröffentlichen, zur weiteren Objektivierung unserer Darstellung beizutragen.

Wir haben unsere Arbeit in drei Zeitabschnitte unterteilt und wollen sie auch in drei Fortsetzungen veröffentlichen. Den Abschluß wird eine möglichst umfassende Einschätzung der politischen Bedeutung des AKS in seinen verschiedenen Etappen bilden.

Der 1.Teil, den wir nachstehend veröffentlichen, umfaßt den Zeitraum vom August 68 (Gründung des AKS) bis Januar 69 (1.Spaltung des AKS).

---

1. TEIL:

Im August 1968 traf sich eine Gruppe von etwa 20-30 Sozialarbeitern,die überwiegend aus Berufspraktikanten bestand.Sie hatten sich zusammengefunden,um ihre negativen Erfahrungen an den Arbeitsplätzen gemeinsam zu diskutieren und neue Formen der Sozialarbeit zu entwickeln.Durch das Hinzukommen politisch bewußterer Studenten vom PFH (Pestalozzi-Fröbel-Haus - eine der in Berlin existierenden Akademien für Sozialarbeit)wurde die ohnehin schon geführte Auseinandersetzung um die unterschiedlichen Standpunkte verschärft und führte alsbald zu einer Polarisierung unter den Arbeitsgruppenmitgliedern.

Paralel zu der Auseinandersetzung an den Universitäten hatten die Studenten vom PFH bereits den antiautoritären Kampf gegen die bestehende Ausbildung geführt, indem sie neue Inhalte forderten und versuchten, einen Gegenunterricht zu veranstalten. In den damals geführten Diskussionen über Art und Durchsetzbarkeit einer veränderten Sozialarbeit lassen sich anhand der vorhandenen Unterlagen (u.a. 1 Neuköllner Arbeitspapier, Dokument 1) zwei gegensätzliche Positionen feststellen.

Die eine Gruppe,vertreten überwiegend durch die schon in der Sozialarbeit Tätigen,läßt sich nach unserem heutigen Selbstverständnis als radikaldemokratisch definieren.Sie fordert die Demokratisierung der Ämter ,getragen von möglichst vielen Sozialarbeitern,die sich in der dabei stattfindenden Auseinandersetzung mit den Institutionen emanzipieren.

Die andere Gruppe, von Berufspraktikanten und Sozialarbeiterstudenten gebildet, geht davon aus, daß Sozialarbeit nur ein Bereich der Gesamtgesellschaft ist und deshalb Veränderungen nur innerhalb einer Gesamtstrategie möglich sind. Sie vertritt die Auffassung , daß es wichtig ist,zunächst die kleine Gruppe politisch bewußter Sozialarbeiter zusammenzufassen, um z.B. mit dem Mittel der Provokation die existierenden Mißstände in der Sozialarbeit zu verdeutlichen. Dabei wird davon ausgegangen, daß es in der Auseinandersetzung mit der Bürokratie zu einer weitgehenden Solidarisierung und späteren Mitarbeit der Kollegen kommt.

2 Positionen

Am 16.10.68 tritt die im August gebildete Arbeitsgruppe unter dem Namen AKS (Arbeitskreis Kritischer Sozialarbeiter)erstmals an die Öffentlichkeit. Dies geschieht anläßlich einer Veranstaltung für Praxisanleiter im Haus Koserstraße,in der Praktikanten über ihre Erfahrungen mit der Sozialbürokratie berichteten.Dabei zeigte sich,daß das Problem des Verhältnisses von Praktikant,Anleiter und Bürokratie und den sich daraus ergebenden Konflikten nur sinnvoll besprochen werden kann, wenn der Bezug zu geltenden Normen der Institutionen,in denen Sozialarbeit statfindet,hergestellt wird.Im Verlauf der Diskussion kamen die Anwesenden mehrheitlich zu der Überzeugung,daß die angesprochenen Probleme nicht subjektiver Art sind,sondern symptomatisch für die Konfliktlage der Sozialarbeit schlechthin.Daraus formulierte sich durch mehrheitlichen Beschluß der Wunsch,in einem größeren Kreis von Interessierten Sozialarbeitern eine Grundsatzdebatte über die Funktion der Sozialarbeit zu führen,die ihren Höhepunkt in einer Großveranstaltung finden sollte,wo Sozialarbeiter und Klienten ihre Situation diskutieren.

Am 23.10.68 nahmen etwa 150 Sozialarbeiter an einer Fortbildungsveranstaltung im Haus Koserstraße teil,auf der Professor Wolfgang Müller ein Referat über "Rolle und Funktion des Sozialarbeiters in der gegnwärtigen Gesellschaft"hielt. Bei der Veranstaltung wurden Anträge zur Einberufung einer "allen Sozialarbeitern Berlins zugänglichen Versammlung" (Kongress) gestellt.Zur Vorbereitung dieser Versammlung ,deren Ziel die Veränderung der Sozialarbeit sein sollte,wurde ein Komitee gewählt und beauftragt,die erforderlichen technisch-organisatorischen Vorbereitungen zu treffen und alle Berliner Sozialarbeiter zu informieren.

Am 30.10.68 treffen sich ca. 30 Sozialarbeiter des AKS, unter ihnen die 12 Mitglieder des des Vorbereitungskomitees für den Kongreß. Dort wird im Hinblick auf den Kongress die Bildung von 12 Arbeitsgruppen mit folgenden Themen vorgeschlagen :

1.Funktion und Ideologie der Sozialarbeit,2.autoritäre Strukturen in der Verwaltungshierarchie,3. Jugendpflege,4.Jugendamt,5.Gesundheitsamt,6.Kindertagesstätten,7.Erziehungsarbeit,8.Elternarbeit

9.Ausbildung der Sozialarbeiter,10.Sozialwesen,11. Heimerziehung,12.Jugendstrafvollzug.Die Ergebnisse der AGs aus den jeweils spezifischen Bereichen sollten als Arbeitsmaterial auf dem Kongress eingebracht werden.Die Anwesenden beschließen die Durchführung einer Großveranstaltung am 6.11.68 und rufen die Berliner Sozialarbeiter durch ein Flugblatt zur Teilnahme auf.(Siehe Dokument 2) Als Resultat dieser Veranstaltung in der Wilsnakker Straße,bei der es dem AKS zum 1.Mal gelang, eine größere Anzahl Sozialarbeiter aus eigener Initiative zusammenzurufen,war die Bildung von 7 Arbeitsgruppen.

Am 27.11.68 findet ein weiteres Treffen zur Vorbereitung des Kongresses, der für Januar 69 geplant ist, in Form einer Plenumsveranstaltung statt. Neben dem Komitee zur Kongressvorbereitung, das bereits besteht, wird ein weiteres zur Vorbereitung der Plenen, die jeweils an zwei Mittwochabenden pro Monat stattfinden sollen, gewählt. Die Aufgabe dieses Komitees sollte vor allem das Ansprechen neuer Interessenten sein. Die Notwendigkeit, ein Informationsblatt zu schaffen, wird vom Plenum anerkannt und zur Vorbereitung ein sechsköpfiges Redaktionsteam gewählt. Außerdem wurde berichtet, daß sich außer den im AKS tätigen Gruppen in verschiedenen westberliner Bezirksämtern (Neukölln, Charlottenburg, Wedding, Wilmersdorf, Kreuzberg) Arbeitsgruppen gebildet haben, die sich mit speziellen Problemen ihrer Bereiche befassen.

Bei der Plenumssitzung am 4.12.68 wurden nach Kurzreferaten von Kreuzberger Sozialarbeitern und dem Bericht einer Kindergärtnerinüber die Demokratisierungsbestrebungen am Arbeitspltz diskutiert.In diesem Zusammenhang wurden die verschiedenen Formen möglicher Aktionen diskutiert.Wegen der unterschidlichen Auffassungen kam es jedoch nicht zu einem Beschluß.

11.12.68:Go-in Wedding.Ausgangspunkt war die katastrophale Arbeitssituation der in der TBC-Fürsorge des Gesundheitsamts Wedding tätigen Sozialarbeiter. Nachdem die Amtsleitung unter fadenscheinigsten Gründen mit Billigung des Stadtrats monatelang die von den Kollegen gewünschte Dienstbesprechung verhindert hatte,gelang es dem kritischen Sozialarbeitern des Bezirksamtes Wedding endlich,die geforderte Zusammenkunft für den 11.12.68 zu erzwingen. Aus der bisherigen Erfahrung heraus mußte die kritische Gruppe annehmen,daß die Amtsleitung sich zwar formal dem Druck der Kollegen gebeugt hatte, jedoch verhindern würde,daß eine problembezogene Diskussion über die Arbeitsplatzsituation stattfinden würde. Aus dieser Einschätzung heraus, die sich sich später als zutreffend erwies, setzte sich die Gesundheitsgruppe im Bezirksamt Wedding mit Sozialarbeitern anderer Bereiche, die sie aus AKS-Plenen kannten, in Verbindung. Nach mehreren Zusammenkünften wurde beschlossen, die Forderung der Weddinger durch erzwungene Teilnahme an der Dienstbesprechung zu unterstützen.

Die 15 Sozialarbeiter und Sozialarbeiterstudenten, die sich im Gesundheitsamt Wedding einfanden, um die Kollegen aus der TBC-Fürsorge namens des AKS zu unterstützen, ließ der zuständige Stadtrat, der eine Diskussion grundsätzlich ablehnte, unter Hinweis auf sein Hausherrenrecht durch die Polizei entfernen und stellte Strafanträge wegen Hausfriedensbruch. Der am 13.12. stattfindenden Solidaritätsveranstaltung, von Sozialarbeitern und Studenten der beiden berliner Universitäten einberufen, in der die Go-in-Teilnehmer ihre Handlung begründeten und die ohne Beschlüsse endete,folgte die AKS-Plenumsverahstaltung vom29.1.69.Einziger Tagungsordnungspunkt der AKS-Veranstaltung (etwa 120 Teilnehmer) waren die Vorgänge im Gesundheitsamt Wedding Dem Plenum wurden 2 Arbeitspapiere vorgelegt(2.Neuköllner Arbeitspapier und das Antwortpapier hierauf) (Siehe Dokumente 3 und 4).Die Autoren des 2.Neuköllner Arbeitspapiers werfen den Teilnehmern des Go-ins vor,daß es sich nicht um eine "demokratisch abgestimmte" Aktion des AKS handelte und daß damit die Mehrheitsverhältnisse im AKS mißachtet wurden.In ihrem Papier stellten sie fest,daß eine "mehr oder weniger zufällig zusammengetroffene Gruppe stellvertretend für den AKS auftrat",und in Arbeitspapieren "den AKS an die Seite der APO rückte". Nach ihrer Auffassung hat der "leichtfertige Umgang mit demokratischen Spielregeln die Kontinuität gestört". Die Neuköllner stellen deshalb den Antrag,das Plenum möge beschließen,daß Aktionen des AKS nur nach vorheriger Billigung durch das Plenum durchgeführt werden. Auf den Einwand der Vertreter des Antwortpapiers, "spontanes Handeln von Einzelnen oder Gruppen im AKS" werde bei Realisierung dieses Antrags verhindert, entscheidet sich das Plenum mit einfacher Mehrheit gegen den Neuköllner Antrag.Daraufhin erklären die Verfasser des 2.Neuköllner Arbeitspapiers und ihre Anhänger,daß unter diesen Umständen für sie ein Verbleiben im AKS unmöglich ist. Ein Vermittlungsvorschlag,der sogenannte Otto-Antrag,der vorsah,daß einzelne Gruppen bei ihren Aktionen deutlich machen müssen,daß sie nur als Teil des AKS,nicht für seine Gesamtheit handeln,revidiert den vorher angenommenen Antrag.Anschließend löst sich die Versammlung tumultartig auf.Die Neuköllner Gruppe erscheint nicht wieder,die erste Spaltung im AKS hat stattgefunden.

Fortsetzung S.9

Dokument 1

Auszug aus dem 1. Arbeitspapier des AKS, Gruppe Neukölln:

"Es wird eine Änderung der Stellung des Sozialarbeiters und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen angestrebt. Mit der Änderung der Stellung ist gemeint, daß Sozialarbeiter sich befreien aus den Zwangsverhältnissen der Bürokratie zugunsten eines bewußt handelnden, mündigen Menschen.
Seine Einstellung wird von seiner Stellung gegenüber den Berufsobjekten und seiner Stellung in der Bürokratie bestimmt. Mit der Änderung der Einstellung ist gemeint, daß Sozialarbeit zwar Orientierungshilfen bietet, aber keinesfalls eine kritiklose Bejahung der derzeitigen gesellschaftlichen Umstände bedeuten soll.
Orientierungshilfen geben soll heißen, vorhandene Kräfte des Klienten zu stärken und ihn zu befähigen, eigene mündige Entscheidungen zu treffen. ...
Mit Veränderung der Arbeitsbedingungen ist gemeint, daß durch organisatorische Maßnahmen der Sozialarbeiter in die Lage gesetzt wird, nach neueren wissenschaftlichen Erkenntnissen zu arbeiten. ...
Es wurde der Vorschlag gemacht, eine kleine revolutionäre Kerngruppe zu bilden als Alternative zu breit angelegten Arbeitskreisen an der Basis.... Diejenigen, die revolutionäre Akte wünschen, gehen davon aus, daß Fortschritte erst durch und nach Veränderungen der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse zu erzielen seien. Dagegen wird vorgebracht eine solche Haltung sei unpolitisch. Politik bedeutet die ständige Veränderung des Gewordenen. ... Der Vorschlag, eine radikal-sozialistische Zelle zu bilden, wird im Wesentlichen von Studenten vertreten. Sie sind der Ansicht, man müsse die Motivation der Sozialarbeiter, Sozialarbeit zu betreiben, offen legen und ein erweitertes Bewußtsein schaffen, bevor man überhaupt agiere. ...
Es ist jedoch zu berücksichtigen, daß die berufstätigen Sozialarbeiter zum Teil in der Lage waren, aus bestimmten Erfahrungen der täglichen Berufsarbeit, die den Studenten fehlen müssen, Konsequenzen zu ziehen, während die Studenten nur von theoretischen Ansätzen ausgehen können. Das Bewußtsein läßt sich am Erkennen von Mißständen messen. Allein die Tatsache, daß eine weitreichende Unzufriedenheit mit der gegenwärtigen Situation vorhanden ist - wenn auch zum Teil nur hinsichtlich der Arbeitsbedingungen - begründet ausreichend, sich zu organisieren.

Sollte sich eine totale Verflechtung unserer Situation mit der gesamtgesellschaftlichen Situation in einer Weise herausstellen, die die angestrebte Lösung durch Arbeitskreise nicht ermöglicht, haben die Verfechter der Arbeitskreise ihren Teil zur Analyse der Situation beigetragen und auf breiter Basis Erkenntnisse gewonnen, die für ein weiteres Vorgehen wichtig sind. Scheitert aber eine breit angelegte Aktion, so wird sich das Bewußtsein allgemein verändert haben und ein breites "revolutionäres Potential" bleibt zurück. ...
Es wird angeregt, zunächst möglichst über pragmatische Fragen der Sozialarbeit zu beraten und dabei solche Themen auszuwählen, die überschaubar erscheinen und bei denen zu erwarten ist, daß man zu konkreten Vorschlägen und konstruktiven Alternativen kommt, und durch gemeinsame Erlebnisse Gruppenbildung fördert.

Für eine Organisation von Arbeitskreisen spricht:

a) Beteiligung einer großen Personenzahl.
b) Bei Nichterfüllung "realer" Forderungen ist ein revolutionäres Potential auf breiter Basis da.
c) Grundsatzdiskussionen und Dogmen werden leichter vermieden.

Für das angeregte Vorgehen spricht:

a) Die Solidarisierung eines größeren Teils der Kollegen, gleich welcher politischen oder religiösen Einstellung, scheint leichter erreichbar.
b) Vorschläge minderer politischer Brisanz scheinen leichter durchsetzbar.
c) Die Arbeit der Kreise scheint zumindest zunächst sicher vor möglichen Diffamierungen (Utopie , Spinner, Kommunist).
d) Die Arbeitskreise lernen zu funktionieren, bevor sie möglicherweise von außen bedroht werden.

Dokument 2

Aufruf des AKS für die Veranstaltung vom 6.11.68

Was ist los ?

Unter den in der Sozialarbeit Tätigen herrscht Unzufriedenheit. Heimerzieher, Jugendpfleger, Kindergärtnerinnen und Sozialarbeiter betrachten die bestehenden Zustände am Arbeitsplatz als unzureichend.
Arbeitsanweisungen von oben werden nicht mehr widerspruchslos hingenommen.
Kritisiert werden:
Unzulängliche Arbeitsbedingungen in Ämtern, Heimen, Kindertagesstätten sowie die Folgen für die betroffenen Kinder und Jugendlichen. Abhängigkeit und mangelnde Mitwirkung an den Entscheidungen der hierarchisch gegliederten Sozialbürokratie.
Mangelhafte Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten.
Der starre Verwaltungspparat, der die Anwendung moderner sozialpädagogischer Methoden unmöglich macht.
Mangelhafte Sozialplanung und die Vernachlässigung infrastruktureller Erhebungen (s.Märkisches Viertel).
Unzureichende tarifliche Vergütung.

Wollen Sie unter diesen Bedingungen weiter arbeiten ?
Die Unzufriedenen mußten sich stets zusammenschließen, um gegen die Ursachen dieser Unzufriedenheit vorzugehen. Viele Sozialarbeiter haben sich bereits zusammengefunden, sind aus ihrer Vereinzelung herausgetreten und haben zur Selbsthilfe gegriffen.
Es ist geplant, zum Januar 69 einen Sozialarbeiterkongress einzuberufen. Es wird Aufgabe der Arbeitsgruppen sein, für diesen Kongress Analysen und Anträge zur Situation der Sozialarbeit zu erarbeiten.

Sie können mitmachen !!!

Fortsetzung von S. 8

Die Beurteilung der bisherigen Entwicklung des AKS, der Bedürfnisse der Sozialarbeiter, die zu seiner Gründung führten, die Konflikte in ihm selbst, verbunden mit mehreren Spaltungen und seine heutige Funktion kann nur gesehen werden im Zusammenhang mit denin den letzten Jahren im gesamten gesellschaftlichen Bereich verstärkt aufgebrochenen Konflikten. Als die Gründer des AKS sich im August 68 zusammenfanden, hatte die Studentenbewegung in Berlin schon einige Höhepunkte erlebt: Das erste große Sit-in an der Freien Universität (22.6.66), die Demonstrationen anläßlich des Schah-Besuchs (2.6.67), und den Internationalen Vietnam-Kongress (Februar 68).
Unzulängliche Arbeitsbedingungen in den Ämtern, Heimen und Kindertagesstätten mit ihren Folgen für die betroffenen Klienten, die Abhängigkeit der Sozialarbeiter von der hierarchisch gegliederten Bürokratie, die praxisfernen Ausbildungs- und Fortbildungsmöglichkeiten und die Erkenntnis, als Einzelner diesem System hilflos ausgeliefert zu sein, führten zu einer Unzufriedenheit der in der Sozialarbeit Tätigen. Durch die Studentenbewegung, die gezeigt hatte, daß es möglich ist, Interessen in Eigenverantwortlichkeit wahrzunehmen und teilweise durchzusetzen, eröffnete sich dem politisch bewußten Teil der Sozialarbeiter die Perspektive der gesellschaftsverändernden Selbstorganisation.
Die latent vorhandenen, bisher unbefriedigten Bedürfnisse und die Unzufriedenheit der im Sozialisationsbereich Beschäftigten, verbunden mit der Erkenntnis der völlig unzulänglichen Vertretung in Berufsverbänden und Gewerkschaften, führte dazu, daß innerhalb weniger Wochen der AKS von 30 auf über 200 Anhänger wuchs.

Als eindeutig positives Element der sprunghaften Vergrößerung des AKS eröffnete sich die Möglichkeit, bei der Durchsetzung von Forderungen erfolgreich zu sein; die Heterogenität der politischen Auffassungen, das Spektrum reichte von der Systemüberwindung bis zur Minireform, mußte sich negativ auswirken. Die hier kurz skizzierten gegensätzlichen Positionen, die sich durch den gesamten 1. Abschnitt der AKS-Geschichte verfolgen lassen, wurden jeweils bei Diskussionen um das Selbstverständnis des AKS und die Bestimmung der Methoden zur Durchsetzung von Forderungen, insbesondere in der Auseinandersetzung um das Go-in Wedding, besonders deutlich.

Anhand der ausgewerteten Unterlagen läßt sich feststellen, daß innerhalb des AKS von Anfang an sich 2 Gruppen bilden, die bei der Definition des Zieles und der Methoden zu dessen Erreichung diametraler Auffassung sind. Das schließt nicht aus, daß innerhalb der beiden Gruppen auch noch Auseinandersetzung-en über Ziel und Weg stattfanden.

Unserer heutigen Auffassung nach können die beiden Positionen wie folgt beschrieben werden:

a) die radikal-demokratische Position geht davon aus, daß die gegenwärtige Gesellschaft reformbedürftig ist. Sie orientiert sich deshalb an den unzulänglichen Arbeitsbedingungen und hofft, damit weite Teile der unzufriedenen Sozialarbeiter zu sammeln und bei ihnen langfristig ein kritisches Bewußsein zu erreichen. (Siehe Dokument 1 und 3). Aus ihrer Vorstellung von Veränderung heraus achtet sie besonders streng auf die Einhaltung formal-demokratischer Spielregeln und wehrten sich dagegen, durch Aktionen und Veröffentlichungen von Teilen des AKS in die Nähe der APO gerückt zu werden. Für sie besteht die Möglichkeit der Veränderung der Gesellschaft unter Beibehaltung der Grundvoraussetzungen. Einer systemüberwindenden Konzeption bedurften sie daher nicht. Die Emanzipation der Sozialarbeiter soll im von dieser Gesellschaft vorgegebenen Rahmen erfolgen.

b) die sozialistische Position (sozialistisch hier im weitesten Sinne verstanden) da sich über Strategie, Taktik und die Frage der Organisation heute keine Darstellung der Einzelauffassungen mehr geben läßt) sieht im Zusammenhang mit allen anderen Gesellschafts-bereichen durch die Bewußtseinsveränderung bei Sozialarbeitern die Möglichkeit der Überwindung des Kapitalismus. Zur Erreichung dieses Zieles will sie durch Aktionen kleinerer, aus bewußten Sozialarbeitern gebildeter Gruppen, die Konflikte in den Institutionen verdeutlichen. Die Widersprüche am Arbeitsplatz haben für sie beispielhaften Charakter, die über die Solidarisierung breiter Teile der Kollegen langfristig zu einer Bewußtseinsänderung führen, die die Überwindung der gegenwärtigen Gesellschaft zur Folge hat.
Was für die radikal-demokratische Position Ziel ist, ist für die sozialistische Mittel zur Erreichung ihres Zieles.

Bei der Aufarbeitung der in diesem Abschnitt der AKS-Geschichte vertretenen Standpunkte wird deutlich, daß beide Positionen keine nachprüfbare theoretische Grundlage besaßen. Für die radikaldemokratische Position (als Pragmatiker) hatte dies kaum Konsequenzen, schwerwiegend hingegen wirkte sich dieser Mangel für die Vertreter der Sozialistischen Position aus.

Für die Auseinandersetzungen innerhalb des AKS und in seiner Wirkung nach außen war der unterschiedliche Bewußtseinsstand seiner Mitglieder von wesentlicher Bedeutung. Nur aus dieser Tatsache lassen sich die teilweise diametralen Ergebnisse aufgrund von Abstimmungen erklären.
Die von Anfang an im Mittelpunkt der Auseinandersetzung stehenden Grundsatz- und die daraus resultierenden Ordnungsdebatten konnten inhaltlich nur von wenigen Mitgliedern geführt werden.
Die Mehrheit der Teilnehmer orientierte sich bei den Abstimmungen vornehmlich an Sympathie und Antipathie, sowie an dem rhetorischen Vermögen Einzelner.

Während insbesondere die bereits in der Praxis tätigen Sozialarbeiter, trotz negativer Erfahrungen, immer noch glaubten, daß die Ursachen der völlig unzulänglichen Arbeitssituation auf das Wirken Einzelner in der Bürokratie (Stadtrat, ltd. Fürsorger etc.) zurückzuführen seien, und damit auf eine Pervertierung einer an sich respektablen Gesellschaftsform, also an eine Reformfähigkeit glaubten, sahen die Sozialisten den gesellschaftsabhängigen Zusammenhang und drängten deshalb über antikapitalistische Reformen auf einen "revolutionären Akt".
In der Übergangsphase zwischen antiautoritärer Bewegung und Wiederentdeckung marxistisch-leninistischer Prinzipien stellte die "Theorie" der Sozialisten ein Konglomerat der verschiedensten antikapitalistischen Strategien dar.

Das Vorbild für die Auseinandersetzung mit dem Gegner, hier vornehmlich der Sozialbürokratie, lieferte die Studentenbewegung. Sie wurde nicht nur in Hinblick auf die Organisationsfrage kopiert (s. Dutschke-Zitat, Dokument 4), sondern auch die Aktionen orientierten sich an studentischen Formen.

Nur in diesem Zusammenhang ist das Entstehen des Gedankens zur Abhaltung eines Kongresses zu sehen. Seine Vorbilder sind u.a. das Springertribunal und der Vietnamkongress.
Über den Inhalt des Sozialarbeiterkongresses bestanden sehr diffuse Vorstellungen, desgleichen über seine Folgen im Hinblick auf die Sozialarbeit schlechthin. Einig war man sich im AKS, daß der Kongreß ein Forum der Sozialarbeiter und Klienten werden sollte.
Eine Konkretisierung erfolgte durch die Bildung der Arbeitsgruppen, die Analysen zur Lage erarbeiten und in die Großveranstaltung einbringen sollten. Die Arbeit in den Gruppen zeigte jedoch bald, daß aufgrund fehlender allgemeinverbindlicher Untersuchungskriterien, sowie des Anspruchs, möglichst umfassende Analysen vorzulegen, ferner

Fortsetzung S. 11

Dokument 3

Auszug aus dem 2.Arbeitspapier des AKS, Gruppe Neukölln :

'Das Handeln Einzelner hat im Dezember gezeigt, daß im AKS demokratische Gepflogenheiten sich noch nicht überall durchgesetzt haben. Wir haben den Mut, dies freimütig einzugestehen.
Viele der kritischen Sozialarbeiter sind darin einig, daß unsere gesellschaftliche Wirklichkeit nur oberflächlich einen friedfertigen Eindruck macht. ...
Dieser Friede wird erzwungen durch ein Angebot von Vergünstigungen und Sanktionen! Die Reaktion auf die Tätigkeit des AKS hat dies vielfältig gezeigt: Gezielter Rufmord, eine Vielzahl von subtilen Repressionen und Entzug unserer Räume. Der Stadtrat Trampenau rief lieber die Polizei zu Hilfe, als in eine konstruktive Diskussion einzusteigen, ...
Das ist die Reaktion der Etablierten! Eure Zielvorstellung der Macht ist das Nonplusultra, das erreicht ist, wenn die Motivation zu friedlichem Verhalten unbewußt erfolgt und der Manipulierte sich scheinbar freiwillig dem sozialen System der Herrschenden anpaßt. Die Demokratie wird von Euch pervertiert, weil Ihr sie als Alibi verwendet, wirkliche politische Gegensätze aber nicht austragen könnt. Ihr habt nicht gelernt, mit Minderheiten zu leben, die etwas wollen ! ...
Wir werfen Euch vor, gegenüber der katastrophalen Lage weiter Gebiete der Sozialarbeit keine theoretischen Perspektiven zu haben. ... Euch fehlt die Radikalität bei der Auslegung und Praktizierung unserer sozial-rechtsstaatlichen und demokratischen Grundordnung.

Beitrag über die Ereignisse im Dezember 68

1.0 Seit dem 11.12., dem Tag, an dem 15 Kollegen bei einem Go-in im Bezirksamt Wedding festgenommen wurden, haben sich die Ereignisse überstürzt: Flugblätter erschienen, Resolutionen wurden verabschiedet, Solidaritätskundgebungen durchgeführt, Strafanträge gestellt. Die Form, in der der AKS hierbei beteiligt wurde, wie in seinem Namen gehandelt wurde, hat bei vielen Kollegen im AKS zum Widerspruch herausgefordert. Die Kritik, die an der gegenwärtigen Praxis der Sozialarbeit geäußert wurde, wird jedoch weiterhin inhaltlich voll und ganz unterstützt.

1.1. Am 4.12. fand eine ordentliche Versammlung des AKS statt. Es wurde über Aktionen debattiert, jedoch nicht über eine Aktion im Bezirksamt Wedding. ... Es wurde kein Beschluß gefaßt und die Debatte gegen 23.oo abgebrochen. ...
* Festzustellen ist, daß trotz der Ergebnisse der ordentlichen Versammlung vom 4.12. eine Aktion unter dem Namen AKS geplant und am 11.12. durchgeführt wurde.
* Festzustellen ist, daß die Aktion unter Mißachtung der Mehrheitsverhältnisse der Gruppe Gesundheitswesen zustande kam.
* Festzustellen ist, daß die Planung der Aktion und die Herstellung der Flugblätter nicht in der Öffentlichkeit des AKS geschehen ist.
* Festzustellen ist, daß durch die Firmierung "AKS, Gruppe Gesundheitswesen" der falsche Eindruck erweckt wurde, es handle sich um eine (demokratisch abgestimmte) Aktion des AKS. ...

1.3. Am gleichen Tage fand nach der Aktion ein Treffen der am Go-in Beteiligten und anderen, mehr oder weniger zufällig Informierten statt. Für den AKS wurde "stellvertretend" eine Resolution angenommen und ein Flugblatt hergestellt, das zu einem Solidaritätstreffen in der TU zum 13.12. einlud. ... Die Veranstaltung wurde von einer Gruppe ohne Beteiligung des AKS vorbereitet und durchgeführt.

* Festzustellen ist, daß eine mehr oder weniger zufällig zusammengetroffene Gruppe stellvertretend für den AKS auftrat, indem sie Resolutuionen für ihn annahm.

* Festzustellen ist, daß ein Flugblatt hergestellt wurde, das über eine terminliche Information hinausging und den AKS an die Seite der APO rückte.

...

2.1. Heute stehen wir in einer Situation, in der die linke nicht mehr weiß, was die rechte Hand tut. Leichtfertiger Umgang mit demokratischen Spielregeln hat die Kontinuität gestört, die notwendig ist, um etwas zu erreichen. ...

Die derzeitige Lage ist nicht zufällig entstanden, sondern durch das Fehlen einer verbindlichen Konzeption bedingt. ...

2.3. Ein revolutionärer Akt ist der Bruch bestehender Gesetze, um bestimmte Veränderungen durchzusetzen. Ein Go-in, das nach § 123 StGB ("Hausfriedensbruch) geahndet werden kann, ist ein solcher Akt. Wir meinen, daß das Go-in nicht zur Methode erhoben werden soll, sondern eine demonstrative Handlung sein soll, die erst dann ihre Legitimation findet, wenn mehrere Versuche vorausgegangen sind, mit den gleichen Personen, gegen die sich die Aktion richtet, inhaltliche Diskussionen zu führen.

2.4 Es besteht die Gefahr, daß aus einer mißverstandenen Spontanitätsmythologie jeder Anlaß zur Mobilisierung allein um der Mobilisierung willen verwandt wird, statt einer aussichtsreichen Durchsetzung definierter Ziele. ...

2.6 Wir möchten zu bedenken geben, daß Demonstrationen nicht vor allem die Funktion der Provokation und Argumentation haben, sondern auch der Sympatiewerbung. Sind die Adressaten einer Demonstration aufgrund umfassender Fremdmanipulation für rationale Argumente verschlossen, kann oft erst der persönliche Einsatz und das "freiwillige" Leiden der Demonstranten die Fortdauer der Vorurteile durchstoßen ... .

2.7. Zusammenfassend sei gesagt: Wir meinen, unsere Strategie sollte auf eine Aktivierung der fachbezogenen Arbeit abgestellt sein und auf gleichzeitige Verbreiterung der Basis in unserer Kollegenschaft. ...

3.3 Vordringlichstes Ziel scheint uns, die gegründeten Arbeitskreise zu aktivieren. Damit soll erreicht werden, daß wir endlich zur inhaltlichen Arbeit kommen, und zwar bevor das Interesse der Kollegen in formalen Diskussionen verschlissen ist. Der geplante Kongress kann nur durch intensive Arbeit der Arbeitskreise ein Erfolg werden ... . Sachkundigkeit und Legitimation stehen hier in direkter Beziehung."

Fortsetzung von S. 10

des Zeitdrucks, unter dem die Arbeit stand, hier ein Ziel gesteckt worden war, das die Initiatoren überforderte.
Obwohl der Kongreß nie stattfand, ist seine Bedeutung für den AKS nicht zu unterschätzen. Das Ziel 'Kongreß' war für die Schaffung der Arbeitsgruppen, die teilweise wieder zerfielen, bzw. neu entstanden, der Ausgangspunkt.
Langfristig gesehen gelang es den Gruppen, die Sozialarbeiterpraxis partiell zu untersuchen, Erscheinungen zu theoretisieren und zu verallgemeinern. Die Arbeit in den Gruppen zeigte ihren Mitgliedern, daß es möglich ist, Perspektiven, antikapitalistische Konzeptionen zu erarbeiten und die von der Bürokratie angebotenen Reformen auf ihren emanzipatorischen Gehalt hin zu untersuchen.

Auch das Go-in Wedding ist eine Kopie studentischer Aktivität.
Was damals nicht gesehen werden konnte, war, daß in so unterschiedlichen Bereichen wie Universität und Bürokratie gleiche Aktionen zu unterschiedlichen Ergebnissen führen können und es deshalb einer möglichst genauen vorherigen Einschätzung bedarf.
Zwar trug auch bei studentischen Aktionen der Einzelne ein Risikao, dies war jedoch kalkulierbar. Studentische Aktionen erfolgten nur dann, wenn ein hoher Grad an Solidarisierung zu erwarten war.
Anders beim Go-in Wedding. Die Aktion konnte nicht abgesichert werden. Diejenigen, die sich zu Sprechern der Weddinger Sozialarbeiter im Gesundheitsamt machten, mußten feststellen, daß ihnen die Adressaten ihrer Aktion davon liefen. Statt der erwarteten Solidarität distanzierte man sich, und das nicht nur im Wedding.
Die Fehleinschätzung, daß die Verdeutlichung der katastrophalen Situation in diesem Bereich ihr Ergebnis in der Unterstützung der Go-in-Teilnehmer haben würde, hatte handfeste Konsequenzen: gegen die 15 Beteiligten wurden Strafverfahren eingeleitet.
Heute wissen wir, daß die Sozialarbeiter im Gesundheitsamt Wedding ihre Arbeitssituation als unbefriedigend empfanden, jedoch in ihrer Mehrheit nicht wußten, was sie an die Stelle ihrer Tätigkeit als "ärztlicher Erfüllungsgehilfe" setzen sollten und deshalb vor Veränderungen Angst hatten.

Die Spaltung des AKS ist das Ergebnis der scheinbar unversöhnlichen ideologischen Unterschiede zwischen den beiden, in sich selbst ebenfalls heterogenen Gruppen.
Der Gegensatz zwischen systemimmanenten und systemüberwindenen Reformen war für uns unüberbrückbar. Es stellt sich für uns die Frage, ob die Eindeutigkeit, mit der wir damals zwischen Reform und Reform unterschieden, nicht für uns negative Konsequenzen hatte.
Heute können wir sagen, daß unsere Angst vor systemstabilisierenden Maßnahmen in praxi, entgegen unserer Intention (s. Dokument 4) zu einer Ablehnung von Reformen schlechthin führte.
Daraus ergaben sich Konsequenzen für den gesamten AKS. Geistige Radikalität und die Hoffnung, bei konsequentem Handeln in absehbarer Zeit die bestehende Gesellschaft beseitigen zu können, verbunden mit geringen Erfahrungen hinsichtlich der möglichen Repressionen seitens der Gegner, ließen für uns keine taktischen Bündnisse und Kompromisse zu.

Auch in den Auseinandersetzungen mit der Bürokratie in unseren Ämtern mußten wir die Erfahrung machen, daß das Bewußtsein der von uns zu agitierenden Kollegen damals noch so wenig entwickelt und unsere Fähigkeit, Konflikte am Arbeitsplatz als Teil der in der gesamten Gesellschaft existierenden Widersprüche beispielhaft zu verdeutlichen, so begrenzt war, daß es der Bürokratie gelang, uns - je nach Schärfe der Auseinandersetzung - als Spinner oder Feinde der "demokratischen Grundordnung" abzuqualifizieren, ohne daß wir sie mittels der Solidarität der Kollegen zwingen konnten, sich inhaltlich mit unseren Argumenten auseinanderzusetzen.

Fortsetzung S. 12

Fortsetzung von S. 11

Die Spaltung des AKS aufgrund des Abstimmungsergebnisses vom 29.1.69 wurde von uns befriedigt zur Kenntnis genommen. Nach unserer damaligen Auffassung hatten wir uns von den hindernden "reformerischen" Kräften getrennt.
Effektiver zu werden, war die uns sich eröffnende Möglichkeit.

Fortsetzung folgt

Dokument 4

Antwort auf das 2. Neuköllner Arbeitspapier (Auszug)

"Es ist richtig, am Beispiel des Weddinger Go-in den Vorwurf zu erheben, eine Gruppe des AKS habe den formal-demokratischen Beschluß der Vollversammlung nicht eingehalten.
In unserem konkreten Fall heißt das, daß diejenigen, die diesen formal-demokratischen Beschluß unterstützten und aus diesem Grund das Weddinger Go-in verurteilen, das in unserer Gesellschaft herrschende scheindemokratische Bewußtsein reproduzieren. Sie versuchen damit, eine demokratische Fassade (Einhaltung von Spielregeln) im AKS aufzubauen, um damit das autonome, spontane Handeln von Einzelnen oder Gruppen zu verhindern, obwohl sie angeben, mit der inhaltlichen Motivation solchen spontanen Handelns übereinzustimmen.
Dazu ist zu fragen, welche tatsächlichen Funktionen derartige Beschlüsse haben. Sie haben eine repressive, disziplinierende, die Initiative der Basis und die Spontanität von Gruppen verhindernde Funktion. Sie dienen in Wirklichkeit als Deckmantel für ungehindertes, nicht an den Bedürfnissen der Betroffenen orientiertes Handeln der Autoritäten.
...
Wir unterscheiden zwischen der evolutionären und revolutionären Veränderung. Gleichzeitig bestimmen wir damit unseren Standpunkt in der inhaltlichen Kontroverse der verschiedenen Gruppen im AKS.
Wir sind der Ansicht, daß Bedürfnisse der einzelnen Klienten kollektive Bedürfnisse sind, deren Befriedigung durch die antagonistischen Widersprüche in unserer Gesellschaft immer nur teilweise möglich ist. Der Sinn der evolutionären Veränderung, z.B. Senkung der Fallzahl kann nur sein, die Vereinzelung des Klienten durch Anwendung moderner Methoden (Casework) zu perfektionieren und damit der Gruppe der Unterprivilegierten nicht zu einem kollektiven Bewußtsein zu verhelfen. Diese Art von Veränderung ist reformistisch, weil sie von vornherein die Ziele und Forderungen, die mit der Erhaltung der herrschenden Ordnung unvereinbar sind, aus ihrer Strategie ausschaltet.

Revolutionäre Veränderung meint, daß ihre Forderungen und Ziele sich nicht danach richten dürfen, was in einer vorhandenen Ordnung möglich ist, sondern danach, was möglich gemacht werden muß, um menschliche Bedürfnisse und Ansprüche zu erfüllen. Es geht also konkret darum, Strukturreformen vorzunehmen, um einerseits die Situation am Arbeitsplatz von der Wurzel her, d.h. radikal zu demokratisieren und um andererseits die Apparatur der öffentlichen Hilfe im Hinblick auf die Klienten und deren Bedürfnisse zu verändern.
...
Was folgt konkret für die Praxis der Organisation der Sozialarbeiter, denen es um die Praxis der revolutionären Reform geht ?

Für diejenigen, die weiterhin in den Bürokratien arbeiten werden, stellt sich die Notwendigkeit zur Selbstorganisation als Mittel der Selbsthilfe, ohne sich von den Autoritäten (Stadträte, leitende Fürsorger etc.) als Zuarbeiter für die auch von den Herrschenden als notwendig erachteten Reformen benutzen zu lassen.

Selbstorganisation ist ein hervorragendes Instrument zur Emanzipation. ... Gemeinsame Erkenntnisse und Praxis führen zu sozialer Verantwortung und gesellschaftlichem Bewußtsein, im Sinne einer grundlegenden Beseitigung der eigenen Notlage.

Vorschläge:

1. Um den Mißständen in der beruflichen Praxis der Sozialarbeit wirkungsvoll begegnen zu können ist es nötig, die Entscheidungswege zu entbürokratisieren. D.h., nicht mehr die Vorgesetzten in der Verwaltungshierarchie bestimmen über die Aktivitäten am Arbeitsplatz, sondern die Sozialarbeiter selbst entscheiden über die zu ergreifenden Initiativen bei den Klienten.
2. Zur Durchsetzung demokratischer Entscheidungsformen kann es notwendig sein, die Spielregeln des Verwaltungsapparates zu durchbrechen (Go-in Wedding, Gegenveranstaltungen zu scheindemokratischen Dienstbesprechungen).
3. Aufforderung an den Klienten, das Mißbehagen an seiner Situation als Kritik an der Gesellschaft zu artikulieren. ... Das bedeutet die Mithilfe der Klienten beim Abbau autoritärer Strukturen über die Solidarisierung mit den in der Sozialarbeit Tätigen.
4. Die demokratischen Zellen im Verwaltungsapparat sollen über Solidarisierungsprozesse ausgeweitet werden. Die demokratischen Gruppen regen durch repressionsfreien Arbeitsmodus und durch größere Arbeitseffektivität zur Identifikation an. Gleichzeitig ergreifen sie Maßnahmen, die autoritäre Struktur der Verwaltung zu entlarven. Durch Abkehr von der bloßgestellten hierarchischen Bürokratie entsteht durch Solidarisierung ein antiautoritärer Lernprozeß.
5. Durch den Demokratisierungsprozeß in Verwaltung und Gesellschaft ist der Abbau des Klientenstatus und damit Aufhebung der sozialen Unterprivilegierung zu erwarten. Den Klienten muß die Möglichkeit gegeben werden, durch Selbstorganisation und Solidarisierung mit den Sozialarbeitern ihre Probleme selbst zu lösen.

Immer mehr erkennen ... , daß wir unser Schicksal nicht mehr einer Partei - welcher Richtung auch immer- überlassen dürfen. Die Antwort ist die Selbstorganisation , d.h. die Organisierung unserer Wünsche, Interessen und Leiden."

Um 100 DM erleichtert

Vom 23. bis 26.2.71 fand im Spandauer Johannesstift ein Gruppendynamik-Seminar für 28 Teilnehmer - überwiegend Sozialarbeiter - statt, veranstaltet vom Haus Koserstraße zus. mit einer Institution der ev. Kirche.

Für die 4 Tage waren von jedem Teilnehmer DM 100,-- zu zahlen.
In einem Merkblatt wurde ihm dafür die "Möglichkeit" versprochen, "sensitiv zu werden für die Bedürfnisse anderer und sich seiner eigenen Reaktionen bewußt zu werden und sie zu verstehen."

Auch dieses Seminar begann mit einem Plenum.

Der aus England herangeflogene Trainer Mr. Helft, hauptberuflich Rektor einer Schule, bat die Teilnehmer, nicht zuviel vom Seminar zu erwarten.
Obwohl er in seiner Einführung ausdrücklich feststellte, Gruppendynamik-Seminare seien keine neue Religion, trug er nicht unwesentlich dazu bei, daß alles, was in den 4 Tagen geschah, überdimensionale Bedeutung erhielt.

Die Teilnehmer erfuhren aus einer Liste, welcher der 4 Trainings-Gruppen sie zugeteilt worden waren.

Jede T-Gruppe hatte einen Trainer;
Mr. Helft schwebte - sozusagen als Obertrainer - über dem ganzen.

Die Trainer hatten "nur die Aufgabe, der Gruppe manchmal zu helfen, aus dem, was in der Gruppe geschieht, zu lernen." (Merkblatt)
Dadurch, daß es weder einen Gruppenleiter noch einen festen Diskussionsgegenstand gab, sollte man sich "am besten der eigenen und der fremden Bedürfnisse und der Kräfte, die in der Gruppe wirksam sind, bewußt werden."

Der Tagesablauf aller 4 Tage war genau geregelt.
Im Vordergrund standen die Trainingsgruppen-Sitzungen(T-Sitzungen). Außerdem gab es für alle Gruppen gemeinsam 3 Theorie-Sitzungen, die von Mr. Helft durchgeführt wurden. Seine Ausführungen erhielt jeder Teilnehmer auch schriftlich.
Einmal wurden - im Plenum - sog. Praktische Übungen durchgeführt, die aus der Aufführung von je einem Rollenspiel (Thema: Konfliktsituation) der einzelnen T-Gruppen und der anschließenden Diskussion der einzelnen darin verkörperten Rollen-Typen bestanden.

Der Verfasser dieses Beitrages kann nur über die Sitzungen "seiner" Gruppe berichten:

Die 1. T-Sitzung begann schleppend und lähmend. Nachdem längere Zeit niemand etw. sagte, man sich nur mehr oder minder gequält anlächelte, brach ein Mitglied schließlich das Schweigen mit dem Vorschlag, jeder solle seinen Namen nennen.
Prompt wurde dieses Mitglied eine knappe Stunde später, nachdem man endlich ein Gesprächsthema gefunden hatte, dann jedoch wieder eine Pause eingetreten war, gefragt, warum das Gespräch gerade von ihm eröffnet worden sei, ob es vielleicht Schweigen nicht ertragen könne...

Nach den ersten 3 T-Sitzungen waren die Themen gefunden, die in den insgesamt 7 Sitzungen immer wieder zur Sprache kommen sollten:
1. die Diskussion über einen Bart, der wegen fehlender Dichte ein Problem für einen Teilnehmer bedeutete;
2. die Aggressionen, die ein Teilnehmer durch sein sich von Anfang an in den Vordergrund Drängen hervorrief - obwohl gerade er der Motor der Gruppe war und durch sein Agieren langes, von allen Teilnehmern als äußerst unangenehm empfundenes Schweigen verhindert wurde;
3. das ausführlich geschilderte Problem eines weiteren Gruppenmitgliedes, das feststellen mußte, daß seine - von ihm selbst für gut, prägnant und diskussionswürdig gehaltenen - Beiträge in der Gruppe einfach untergingen. Damit wiederholte sich für dieses Mitglied eine Situation, die es tagtäglich erlebt.
Auch das unter 2. geschilderte Gruppenmitglied, das wegen seiner Aktivität bei den anderen unterschiedlich starke Aggressionen auslöste, kannte diese Situation aus dem Alltag. Es hatte sie schon häufig mit anderen, z.B. Kollegen, diskutiert, sie war auch in einem einige Zeit zurückliegenden mehrmonatigem Gruppendynamik-Seminar besprochen worden.
Die übrigen Teilnehmer blieben im großen ganzen unbehelligt. Sie erzeugten weder stärkere Aggresionen, noch äußerten sie solche.

Während der letzten T-Sitzung beschloß die Gruppe, daß sich jeder so schildern sollte, wie er sich selbst während der 4 Tage erlebt hatte. Es wurde festgestellt, daß jedes Gruppenmitglied seine Rolle in etwa so gesehen hatte, wie sie auch von den anderen empfunden worden war.

Putzig waren die orakelhaften Beiträge des Trainers, die nur auf Anforderung der Gruppe hin gegeben wurden und die sich ausschließlich auf den Gruppenprozeß bezogen.
So teilte der Trainer nach Halbzeit der 1. T-Sitzung den gespannt zuhörenden Teilnehmern mit, daß der Prozeß jetzt begonnen habe, sich jedoch einige der Gruppe nicht zugehörig fühlten.
Nach Ende der 2. T-Sitzung stellte er fest, das am Vormittag (1. Sitzung) Erarbeitete sei nun aufgearbeitet worden.
Kurz vor Halbzeit der 3. T-Sitzung wurde der Trainer gefragt, was er eigentlich immer pausenlos mitschreibe. Er antwortete, er notiere die Stufen des Gruppenprozesses und stellte dann seinerseits die Frage, ob die Gruppe vielleicht deshalb Fragen an den Trainer richte, weil sie Angst vor neuem Schweigen habe. (Diese indirekte Feststellung wurde von der Gruppe als falsche Beobachtung empfunden).
Kurz vor Schluß der 4. T-Sitzung teilte der Trainer mit, daß die Gruppe nahe daran sei, ihr Ziel zu finden, es aber noch nicht gefunden habe. Sie(die Gruppe) weiche immer wieder aus.
Während der 2. Hälfte der 5. und der gesamten 6. T-Sitzung war der Trainer auf Wunsch der Gruppe nicht anwesend. Die Sitzung verlief nicht andere als die vorangegangenen.
Nach Ende der 7. u. letzten T-Sitzung nahm der Trainer zum Ab- u. Verlauf der absolvierten T-Sitzungen wie folgt Stellung:
Die Gruppe sei sehr weit gekommen; anfängliche Schwierigkeiten, eine Aufgabe zu finden, hätten sich u.a. aus der Unklarheit darüber, ob über Sachthemen gesprochen werden dürfe, ergeben. Schließlich sei die von einem Gruppenmitglied vorgeschlagene Konvention angenommen worden, nur über die Gruppenmitglieder zu spechen. Diese selbst aufgestellte Regel sei jedoch in Konfliktsituationen - zur Entlastung der Gruppe und der jeweils angegriffenen Mitglieder - immer wieder durchbrochen worden. Dann seien mehrere Aufgaben gefunden und gelöst worden. Jedes Gruppenmitglied sei in Konflikte gekommen, sei von den anderen angegriffen und damit großen Belastungen ausgestzt worden. Die Rollen innerhalb der Gruppe hätten gewechselt, jeder sei jedem mal zur Hilfe gekommen, habe damit entlastend gewirkt, dann jedoch wieder seinerseits angegriffen usw.
Bevor sich die T-Gruppe auflöste, gab der Trainer auf starkes Drängen endlich seinen Beruf bekannt: Psychologe.

In der das Seminar abschließenden Plenums-Diskussion wurde von einigen wenigen Teilnehmern kritisiert, daß während solcher Seminare lediglich die sog. zwischenmenschlichen Beziehungen reflektiert werden, zwangsläufig losgelöst von der konkreten Arbeitsplatz-Situation des Einzelnen, der sich ständig nach oben und unten behaupten muß.
Es wurde auf die Gefährlichkeit hingewiesen, den Vorgestzten (z.B. ltd. Fürs.) nur als Menschen und nicht gleichzeitig in seiner Funktion im Machtapparat zu sehen.
Mr. Helft würgte die beginnende Disksussion hierüber sehr schnell ab, indem er feststellte, daß gruppendynamische Seminare natürlich solche Konflikte weder aufgreifen und bearbeiten können noch wollen.
Ein nicht unbeträchtlicher Teil der Absolventen des Seminars fand es unhöflich und wenig schön, den extra aus England gekommenen Mr. Helft indirekt anzugreifen.
Man wies die Kritiker daraufhin, daß es Sache jedes Einzelnen sei, sich zu emanzipieren und sich mit den Vorgesetzten auseinanderzusetzen. Für diese Auseinandersetzungen sei das Seminar durch seinen Zwang zur Selbstreflexion nützlich gewesen.

Um 100,-- DM erleichtert, ging nach 4 Tagen der "Bewußtwerdung" jeder wieder mit den Problemen nach Hause, mit denen er gekommen war.

Dies schließt nicht aus, daß ein Teil der Seminar-Absolventen hofft, bei weiteren Veranstaltungen dieser Art einer Lösung ihrer Probleme näher zu kommen, so daß auch für zukünftige gruppendynamische Seminare ein Mangel an Nachfrage nicht zu befürchten ist.

GESAMTBINDUNG:

DRAKONISCHE SPARMASSNAHMEN

Der Senat von Berlin tritt von 1971 an nicht mehr für die Haushaltsüberschreitungen für die Sozialhilfeausgaben ein. Der Grund: Von 1971 an werden diese Ausgaben organisatorisch, verwaltungstechnisch in die sogenannte GESAMTBINDUNG einbezogen. Das bedeutet für die Bezirke, daß sie jetzt mit den ihnen zur Verfügung stehenden Einnahmen auskommen müssen, daß sie den Senat nicht mehr um finanzielle Hilfe bitten können.

Die erste Folge dieser organisatorischen Veränderung bekamen die Sozialarbeiter der Familienfürsorge ZEHLENDORF bereits zu spüren. Sie wurden von der Verwaltung der Abteilung Jugend und Sport über die neue Regelung informiert und gebeten, die Ausgaben im Bereich der Sozialhilfe des BSHG und der Jugendhilfe des JWG einzuschärnken, d. h. die Hilfen, die nicht gesetzlich in ihrer Höhe bestimmt sind, sondern dem pflichtgemäßen Ermessen unterliegen, in geringerem Maße zu befürworten.

Was ist hier vorgegangen, wie hängt das zusammen? Gehen wir der Reihe nach vor. In den öffentlichen Verwaltungen ist es üblich, die Höhe der Einnahmen und Ausgaben für jeweils ein Jahr im voraus zu schätzen. Die konkreten Zahlen werden dann in einem Haushaltsplan festgehalten. Im Laufe des Jahres dürfen die Ausgaben die feststehenden Höhen im Haushaltsplan nicht übersteigen.

Vor 1971 legten die Bezirke von Berlin ihren geschätzten Finanzbedarf dem Senator für Finanzen vor, der den Bedarf kürzte oder berichtigte und dann in den gesamten Haushaltsplan für Berlin hineinnahm. Der Haushaltsplan wurde dann von dem Abgeordnetenhaus genehmigt und beschlossen und wurde damit zum Haushalts- (Etat-) gesetz.

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, daß diese Ausgabe-Schätzungen nie zutreffen. Ständig waren mehr Ausgaben erforderlich als geschätzt worden waren. Aus diesem Grunde gab es beim Senat einen besonderen Topf, der diese Löcher füllen konnte: die sogenannten Bewilligungsmittel. 1970 hatte der Senator für ganz Berlin 197 Millionen Mark für fehlende Investitionsmittel im Hintergrund. Die Bezirksämter versuchten bei Überschreitungen der angesetzten Ausgaben, den Senator um weitere finanzielle Hilfe zu bitten oder setzten sich hart mit ihm auseinander.

Diese Auseinandersetzung ist jetzt auf eine untere Ebene verschoben worden, vom eigentlichen Schauplatz der Entscheidungen weggerückt. Ab 1971 erhält jeder Bezirk von Berlin im Rahmen der sogenannten GESAMTBINDUNG einen bestimmten Finanzgesamtbetrag zugeteilt, mit dem er auskommen muß. Die Aufteilung dieses Betrags auf die verschiedenen Ausgaben, ein Teil davon wird z. B. für die geschätzten Sozialhilfeausgaben bereitgestellt, obliegt jetzt den bezirklichen Abteilungen für Finanzen in Zusammenarbeit mit den einzelnen Fachabteilungen. Die Aufteilung geschieht endgültig durch bezirksamtlichen Beschluß, ähnlich dem früheren Beschluß des Abgeordnetenhauses für den gesamten Berliner Haushaltsplan.

Für Berlin wurden für 1971 an Einnahmen 6,8 Milliarden aus Steuereinnahmen und 6,9 Milliarden Bundeszuschuß festgesetzt. 100 Millionen wurden als Fehlbetrag aufgrund höherer Einnahmen als A
höherer Ausgaben als Einnahmen errechnet. Bisher wurde in jedem Jahr ein Fehlbetrag in dieser Höhe festgestellt.

Die öffentlichen Ausgaben sind in den letzten Jahren ständig gestiegen. Da sie die Einnahmen überschreiten, müßte vernunftgemäß die BRD ihre Steuerpolitik überprüfen. Doch an dieser Stelle gerät "unsere" Regierung in Schwierigkeiten. Bei einer Überprüfung müßte sie unweigerlich in Konflikt mit ihrem jetzigen System der Einkommensumverteilung durch Steuern kommen. Wenn sie nur die Wirtschaft stärker zur Kasse bitten würde, droht ihr der Entzug des ohnehin nicht übermäßig großen Vertrauens der Monopole. Das hätte wahrscheinlich den Sturz der Regierung zur Folge. Diese Gefahr droht jedoch auch durch die Masse der kleinen Steuerzahler, die die für sie zunehmend negative Entwicklung in der Wirtschaft (Feierschichten, Kurzarbeit, Preiserhöhungen etc) mit Erbitterung konstatieren würden.

Um eine Auseinandersetzung auf breiter Ebene zumindest zu vertagen, greift man stattdessen zu drakonsichen Sparmaßnahmen. Im Zusammenhang damit und der neuen Regelung der sogenannten GESAMTBINDUNG ergibt sich folgende Realität: Für 1971 hat das Bezirksamt Zehlendorf für Überschreitungen aller Ausgabestellen 663.300 DM im Hintergrund. Für 1970 wurden aber allein für die Sozialhilfeausgaben zusätzlich 300.000 DM benötigt.

Der große Finanzkrieg wird jetzt in den Bezirken als Kleinkrieg fortgeführt. Damit bekommen die Sozialarbeiter die Finanzmisere am eigenen beruflichen Leib zu spüren. Es bleibt abzuwarten, in welcher Form die Verwaltung das nächste Mal den finanziellen Druck weitergibt. Wird der Druck verschärft, ohne daß ein Widerstand der Sozialarbeiter sichtbar wird, wird wieder einmal die Last auf den Buckel derer geschoben, auf dem sowieso immer rumgetrampelt wird und die sich nicht wehren können. Wann werden endlich alle Menschen selbst entscheiden können, ob sie sich teuer oder billig kleiden, ob sie einen Urlaub am Stadtrand in Berlin in der Lüneburger Heide oder in Frankreich oder Afrika machen wollen? Den Klienten blieb bisher nur eine Entscheidung: k e i n e Entscheidung.

Anzeige:

Welche Kindergärtnerin möchte zusammen mit Kindern und Eltern im Kinderladen Forststr. praktisch und theoretisch, durch Weiterbildung und Besuch in anderen Kinderläden, eine sozialistische Kindererziehung erarbeiten. Tel.76 o7 54

Anzeige:

Kindergärtnerin von Elternkollektiv dringend gesucht. Halb- oder ganztags. Raum Mannheim-Heidelberg. Wohnung oder Zimmer kann beschafft werden.
Weinheimer Kinderhaus e. V,
6946 Lützelsachsen, Bergstr. 1o
Telefon 062 o1 /514 o8

"Klarer Blick vernebelt"

Unter dem Titel "Die revolutionäre Linke in West-Berlin" erschien die Sondernummer (März 71) des Polizeiarbeitskreises der CDU in Berlin.
Hier einige Auszüge:

"Der Bolschewismus - seit dem Zarenmord und der Oktoberrevolution von 1917 in der Sowjetunion an der Macht - erstrebt seither unablässig die Bolschewisierung der Welt, die Weltrevolution....
Ganze Heerscharen kommunistischer Agenten und Funktionäre werden in alle Länder geschleust - Schwerpunkte: Entwicklungsländer (insbesondere Südamerika) u. Europa (insbesondere Westberlin), um alle Bereiche des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu unterwandern, Schlüsselpositionen zu gewinnen und für die Bevölkerung nahezu unmerklich die Eingliederung in den kommunistischen Machtbereich zu vollziehen.
Außerparlamentarische Opposition (APO), Rote Zellen, Basis- und Betriebsgruppen, Straßen- und Kindertheater etc. sind nur einige Bezeichnungen aus der Flut der Gliederungen und Tarnorganisationen dieser in West-Berlin bereits 10.000 bis 15.000 Agenten, Funktionäre und Berufsrevolutionäre umfassenden 'Roten Armee'.
Vom Politbüro der SED über Instrukteure und kommunistische Verbände der DDR gesteuert, arbeiten sie Tag und Nacht in unseren Hochschulen, Betrieben, Behörden, Jugenverbänden, Parteien, bei Rundfunk und Fernsehen, als Hochschullehrer, Beamte, Erzieher, Betriebsräte, Abteilungsleiter, Reporter usw. für das Nahziel: "Freie Stadt Westberlin".
'Unruhige Jugend' und 'Reformen' sind die Zauberwörter, die selbst den politisch Verantwortlichen unserer Stadt offensichtlich den klaren Blick für diese gefährliche Entwicklung vernebeln. In dem festen Glauben, es bei der 'APO' nur mit unbedeutenden Splittergruppen und 'romantisch verklärten Reformern' zu tun zu haben, dämmern sie einer 'guten' kommunistischen Zukunft entgegen".

Im schönsten "Bild"-Zeitungsstil" wird dem Leser suggeriert, in einer feindlichen, mit Agenten durchsetzten Welt zu leben. Soll er (der Leser) nicht das gleiche Schicksal erleiden wie der Zar, dann muß er endlich zur Selbsthilfe greifen, denn selbst den "politisch Verantwortlichen... ist der klare Blick für diese gefährliche Entwicklung vernebelt."

Nach der Denkungsart des Polizeiarbeitskreises in der CDU Berlin sind alle, die sich in Mieterkampagnen, Elterninitiativen usw. zusammengeschlossen haben, ist jeder Bürger, der die gegenwärtigen Verhältnisse als veränderungsbedürftig ansieht, ein Mitglied der "Roten Armee".
Wer Reformen für erforderlich hält, von einer grundlegenden Veränderung ganz zu schweigen, gibt sich als von der SED gesteuerter Agent zu erkennen, der auch nicht vor "Terror und Mord" zurückschreckt.

Daß sich der Arbeitskreis nicht mit einer Abrechnung mit den Sozialisten zufrieden geben will, sondern den großen Aufwasch plant, wird aus dem weiteren Text deutlich:
"In Berlin-Tiergarten kandidiert im Wahlkreis 2 für die SPD das Juso-Mitglied Bernd Wingärtner (28). Gegen ihn lief ein Parteiverfahren, weil er an einer SEW-Demonstration teilgenommen hat. Das Verfahren wurde eingestellt" oder
"Professor Jacob Taubes... unterrichtete schriftlich Angela Davis, daß ihr ein Lehrauftrag an der FU für den Sommer 71 angeboten werde.
FU-Präsident Kreibich (SPD - erst 1960 aus der SBZ geflohen) teilte dazu lediglich mit, daß die offizielle Einladung erst in den nächsten Tagen abgehen werde. Vorher wollte sein Vizepräsident Uwe Wesel noch mit den Anwälten der in den USA wegen Mordverdacht und Gefangenenbefreiung in U-Haft sitzenden linksradikalen Amerikanerin telefonieren."

Hier nennt der Arbeitskreis vorerst einige Namen von Personen, gegen die sich der "gesunde Volkszorn" wenden kann.
Da angeblich Kommunisten und Personen, die man als solche ansieht, mit Terror und Mord arbeiten, wäre es sträflicher Leichtsinn, ihnen nicht mit gleicher Münze heimzuzahlen.

Das soll aber nur ein Anfang sein, denn der Arbeitskreis peitscht weiter ein:

"Besonders in Neubauzentren bilden sich ganze Gruppen mit eigenem Programm". Dann folgt die Übernahme zweier Artikel aus der Berliner Springerpresse, in denen der Nachweis geführt werden soll, daß zu teure Mieten und fehlende Sozialeinrichtungen im Märkischen Viertel eine Erfindung der "Kommunisten" sind, die nur Unruhe schaffen wollen.
"Lesen Sie hierzu bitte die letzte Seite", fordert der Arbeitskreis auf, "und wenn Sie mit uns einer Meinung sind, daß hier etwas geschehen muß,
dann sollten Sie aber auch aktiv werden.
Darum machen Sie mit, handeln Sie mit im Polizeiarbeitskreis der CDU, Anruf genügt: 211 60 11".

In schöner Übereinstimmung mit anderen reaktionären Vereinigungen schreckt der CDU-Arbeitskreis nicht davor zurück, die weithin ins Bewußtsein gedrungenen und an vielen Stellen innerhalb der Gesellschaft aufbrechenden Pobleme als das Werk von Utopisten, Dogmatikern und Fanatikern zu diffamieren. Weil auch die Autoren des CDU-Pamphlets wissen, daß etablierte Machtinteressen, die Spielregeln des bürgerlich-"demokratischen" Parteiensystems, daß letztlich die Gesetze des Kapitalismus die Ursachen für die Unruhe und die Forderungen nach Veränderung in der BRD und West-Berlin sind, treten sie zur Erhaltung der Privilegien und der Position einer kleinen Gruppe in unserem System die Flucht nach vorn an. Dabei können sie sich darauf verlassen, daß der primitive Antikommunismus, von der Weimarer Republik über die NS-Zeit und den kalten Krieg bis zur Gegenwart kulitviert, tief im Bewußtsein der West-Deutschen verwurzelt ist.
Indem sie allgemeine Bedürfnisse und Forderungen als kommunistischen Versuch der Unterwanderung der "demokratischen Grundordnung" diffamieren, ist es zumindest gegenwärtig möglich, weite Teile der Bevölkerung gegen deren eigentliche Interessen zu mobilisieren und vor den Karren der Rechtsradikalen zu spannen.

Im Namen der Anpassung an "vorgegebene Machtverhältnisse", d.h. im Interesse des Monopolkapitals, scheuen sie kein noch so skrupelloses politisches Mittel, nicht die primitivsten Anschuldigungen, um ihre Gegner (vom Liberalen bis zum Kommunisten) zu diffamieren.
Die angeblichen "kommunistischen Heerscharen" dienen ihnen als Vorwand zur Organisierung ihrer Anhänger in den Freundeskreisen der CDU, der NPD, der Aktion Widerstand, der NLA, dem Bund Freiheit der Wissenschaft u.a.
Wessen Interessen tatsächlich vertreten werden, wird deutlich, wenn man die geselischaftliche Stellung der Honoratioren dieser Verbände kennt und weiß, daß von Teilen der Großindustrie erhebliche Summen zur Finanzierung der erwähnten und weiterer Vereinigungen aufgebracht werden.

Anzeige:

Pädagogische Halbtagskraft von Eltern -Kindergruppen gesucht.
Tel. 13 62 10

Leserbrief :

Der Bestand, der am 1. März 1971 staatl. anerkannten Evangelischen Fachhochschule für Sozialpädagogik im Rauhen Haus, und damit die Ausbildung von qualifizierten Sozialpädagogen/Sozialarbeitern ist gefährdet.

Die Finanzierung dieser Schule ist bis zum Frühjahr 1972 durch die Stiftung des Rauhen Hauses und die Hamburgische Landeskirche gesichert. Das Rauhe Haus kann jedoch die Mehrkosten der Schule ab 1972 nicht mehr weiter tragen.

Die Mehrkosten ergeben sich durch die notwendige Erweiterung des Dozenten-Teams und ihrer höheren Besoldung, sowie dadurch, daß aufgrund der staatlichen Anerkennung die Schule mehrere Studienbereiche (Sozialpädagogik, Sozialarbeit, evtl. Religionspädagogik) anbieten muß.

Daher wird auch die Anzahl der Studenten in Zukunft erhöht werden.

Es ist beabsichtigt, dieAufnahmezahl im Frühjahr 1972 von 25 auf 60 Studienanfänger zu erhöhen, sodaß nach der Aufbauzeit 1974 ca. 210 - 240 Studenten an dieser FHS studieren werden.

Durch den Beschluß des Kirchenrats, daß die Hamburgische Landeskirche in Zukunft diese Evangelische Fachhochschule über den bisherigen Beitrag hinaus nicht unterstützen wird, ist die Fortführung der Fachhochschule nicht weiter möglich. Sie ist daher auf die Unterstützung durch den Hamburgischen Staat angewiesen. Für eine solche Unterstützung ist jedoch in Hamburg, im Gegensatz zu fast allen übrigen Bundesländern,noch keinerlei gesetzliche Grundlage gegeben.

Andererseits ist jedoch für die zweite FHS in Hamburg, die Fachhochschule für Produktions- und Verfahrenstechnik der Körber-Stiftung, in der mittelfristigen Finanzplanung eine Summe von 42 Millionen DM für vier Jahre vorgesehen. Eine staatliche Subventionierung der privaten Initiative im Bereich der sozialpädagogischen Arbeit ist ebenso wichtig und dringlich. Hierzu zwingt auch der steigende Bedarf an qualifizierten Sozialarbeitern im Bereich freier Trägerschaften. Die freien Wohlfahrtsverbände übernehmen einen beachtlichen Teil der gesellschaftlich notwendigen sozialen Arbeit.

Die Evangelische Fachhochschule des Rauhen Hauses unterscheidet sich von der Ausbildung im Fachbereich Sozialpädagogik der Hamburgischen Fachhochschule dadurch, daß hier die Sozialwissenschaften besonders auf dem theologischen Hintergrund gesehen werden.

Diese Fachhochschule bietet besonders den Studenten eine qualifizierte Ausbildung, die aufgrund ihrer christlichen Grundhaltung einen sozialen Beruf ergreifen wollen.

Im Frühjahr 1971 haben von 60 Bewerbern nur 25 einen Studienplatz erhalten. Die Verbindung einer Diakonenausbildung mit einer Ausbildung als Sozialarbeiter/Sozialpädagoge ist in dieser Form in der Bundesrepublik einmalig.

Sollte die Evangelische Fachhochschule im Rauhen Haus vom Hamburger Staat nicht finanziell unterstützt werden, und sollte auch die Kirche bei ihrem negativen Entschluß bleiben, so würde der Bestand dieser Schule, und damit 240 Studienplätze für eine Ausbildung zum Sozialarbeiter/Sozialpädagogen sowie zum Diakon ernstlich in Frage gestellt, und das zu einem Zeitpunkt, da im Fachbereich "Sozialpädagogik" durch den numerus clausus ca. 1/3 der Bewerber einen Studienplatz erhalten haben(von 680 wurden 250 aufgenommen). Dadurch wird die Lage auf diesem Ausbildungssektor weiterhin verschärft, und bestimmte Bereiche der sozialen Tätigkeit können in Zukunft noch schlechter wahrgenommen werden.

Eine Ausbildung auf Fachhochschulebene wird den gesellschaftlichen Ansprüchen im sozialen Bereich nicht gerecht.

Halbtagsarbeit

"Bearbeite" z.Z. einen Fafü-Bezirk von Berlin-Zehlendorf, suche kritischen Sozialarbeiter, der/die sich mit mir diese Stelle teilt (als Halbtagskraft). Arbeitszeit etc. kann alles in gegenseitiger Absprache geregelt werden. Baldige Anfragen an Redaktion der SPK, Stichwort Halbtagsarbeit.

Anzeige

Berufspraktikant such baldmöglichst Praxisstelle für halbjährige Tätigkeit in einem aufgeschlossenen West-Berliner Bezirksamt unter fachlich fundierter Anleitung, die es ihm ermöglicht, bei der Emanzipation der Klienten auch die dabei auftretenden Konflikte mit der Verwaltung auszutragen.

Angebote erbitten wir an die Redaktion .

SPENDENKONTO:

Wir bitten, Spenden und Unkostenbeiträge einzuzahlen auf das

Postscheckkonto Berlin-West

L 10 10 85

Manfred Rabatsch

-Sonderkonto-

IMPRESSUM:

Verantwortlich für den Inhalt:

Redaktionskollektiv

Ev Bösser

Anschrift der Redaktion:

SOZIALPÄDAGOGISCHE KORRESPONDENZ

1000 Berlin 12

Kantstraße 71, II

Tel.: (0311) 31 74 32

Druck: C.Bartning-Berlin41
Ahornstr.23